

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.

fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 77.

Dienstag, den 31. März 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Das Reichsvereinsgesetz.

Die Kommission zur Beratung des dem Reichstage vorgelegten Entwurfes eines Reichsvereinsgesetzes hat ihre Arbeiten beendet. Es ist nunmehr nur noch der Bericht in der Kommission festzustellen und dann gelangt der Entwurf in der von der Kommission beschlossenen Fassung zur zweiten Beratung an das Plenum des Reichstages.

Alle Bemühungen der Vertreter der Arbeiterklasse, dem Gesetze eine den Zeitverhältnissen entsprechende Fassung zu geben, waren vergeblich. Die Mehrheit der Kommission hat nicht nur die in der ersten Beratung gefassten Beschlüsse, die das Vereins- und Versammlungsrecht zu hemmen geeignet sind, nicht verbessert, sondern sie noch wesentlich verschlechtert. So, die Kommissionsmehrheit hat sich unter Führung der Freisinnigen noch reaktionärer gezeigt, als die preussische Regierung. Die Regierung erklärte, daß man darauf verzichten könne, besondere Beschränkungen bezüglich der Teilnahme von Jugendlichen an Vereinen und Versammlungen zu schaffen. Der Regierungsentwurf enthielt auch keine derartige Bestimmung. Die Kommissionsmehrheit aber hat durch den § 10 a den Personen unter 18 Jahren die Teilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen untersagt. Selbst in Preußen gab es bisher ein solches Verbot nicht, denn Schülern und Lehrlingen war nur die Mitgliedschaft in politischen Vereinen verboten, nicht aber die Teilnahme an politischen Versammlungen. Das von den Freisinnigen in der Kommission angenommene „liberale“ Vereinsgesetz steht somit noch hinter dem preussischen zurück, das in der Reaktionsperiode dem Volke als „Verordnung“ aufgezungen wurde. Nach der Bestimmung des § 10 a erhalten wir nun dieselben Zustände in ganz Deutschland, durch die Sachsen sich vor der ganzen Welt lächerlich gemacht hat. Und der Blockfreisinn schämt sich nicht, unter solchen Umständen sich noch liberal zu nennen.

Nicht weniger reaktionär ist der § 7, der Sprachparagraph, der in der ersten Beratung abgelehnt wurde, nunmehr gestaltet. Der Gebrauch einer fremden Sprache in öffentlichen Versammlungen soll in den Bezirken mit „altinngesehener“ fremdsprachiger Bevölkerung dann gestattet sein, wenn diese 60 Proz. der Gesamtbevölkerung ausmacht. Die rheinisch-westfälischen Großindustriellen, von denen diese Forderung ausgegangen sein soll, das Sprachverbot zu erlassen, werden mit dieser Bestimmung sehr zufrieden sein. Nach wie vor werden sie Massen fremdsprachiger Arbeiter heranziehen und sie sind nunmehr vor geschützt, daß diese Arbeiter für die Organisationen gewonnen werden und gleiche Arbeitsbedingungen fordern, wie die eingesehene deutsche Arbeiter! In diesem Wortlaut ist der § 7 direkt darauf zugeschnitten, die gewerkschaftliche Aufklärung der fremdsprachigen Streikbrecher und Lohndrücker zu verhindern.

Und das wagt der Freisinn den Arbeitern, welche im Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereinen angehören und im Liberalismus halten, zu bieten.

Abgesehen von einigen weniger bedeutungsvollen Verbesserungen, die von der Kommissionsmehrheit an den Bestimmungen nach den Beschlüssen in erster Lesung vorgenommen sind, ist besonders noch zu erwähnen, daß auch die Versammlungen unter freiem Himmel die Genehmigung unter allen Umständen einzuholen ist. Nach den Beschlüssen der ersten Lesung konnte die Genehmigung nur verlangt werden, wenn durch eine solche Versammlung der öffentliche Verkehr gestört werden könnte. Jetzt soll die Genehmigung auch dann verlangt werden können, wenn die Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist. Damit kommen wir zu Zuständen, wie sie in Preußen bestehen, d. h. jede Versammlung unter freiem Himmel muß nur stattfinden, wenn die Polizeibehörde es will. Der Freisinn hat nicht weniger über diesen rechtlosen Zustand geklagt, als die Sozialdemokratie. Nunmehr aber ist er diese Polizeiwilkkür für ganz Deutschland eingetragt haben.

Die Verhandlungen in der Kommission bei der zweiten Beratung waren insofern ein Hohn auf eine parlamentarische Beratung, als die Blockparteien ihre Anträge gesamt einbrachten und mochte der Widerstand einzelner Bestimmungen auch noch so klar nachgewiesen werden, geschlossen stimmten dann Freisinnige, Nationalliberale, Konservative und Antisemiten für die vereinbarten Anträge. In der Ruhehandel noch nicht weit genug gediehen, so wurde die Sitzung der Kommission vertagt, bis die nächsten beiden sich einig wären. Unter diesen Umständen verweigerten die Vertreter der Arbeiterklasse darauf, noch Anträge in der Kommission zu stellen, und erklärten, daß bei der zweiten Beratung im Plenum nochmals der Versuch

gemacht werden wird, dem Gesetz eine annehmbare Fassung zu geben und es vom preussischen Volksgesetz zu befreien.

Die zweite Beratung soll noch vor Ostern stattfinden. Der Freisinn hat es sehr eilig, diese sonderbare „liberale“ Frucht der Blockpolitik zur völligen Reife zu bringen.

Der Arbeiterschaft bleibt somit nur eine kurze Spanne Zeit, um nochmals zu dem Gesetz, das jetzt noch reaktionärer ist als in der von der Regierung vorgelegten Fassung, Stellung zu nehmen. Wir richten an die Arbeiterschaft das dringende Ersuchen, allerorts Versammlungen zu berufen und gegen eine solche Verprengung und Verächtelung des Vereins- und Versammlungsrechtes Protest zu erheben. Besonders muß die Arbeiterschaft Süddeutschlands sich mit aller Energie gegen den Raub ihrer bisherigen Rechte wehren. Wir ersuchen die Versammlungsleiter, die Beschlüsse unverzüglich dem Reichstage und dem Abgeordneten des betreffenden Reichstagswahlkreises zu übermitteln. Vielleicht gelingt es dadurch, den Rest von Liberalismus bei einzelnen bürgerlichen Politikern zu wecken und die Freisinnigen und Demokraten, die nicht ganz zu Handlangern für die ostelbischen Junker werden wollen, zu veranlassen, gegen ein Gesetz zu stimmen, welches das natürliche Recht der Staatsbürger, sich zu vereinigen und zu versammeln, ohne von der Gnade der Polizeibehörde abhängig zu sein, auf das grösste verletzt.

Die Arbeiterschaft muß noch in letzter Stunde den Versuch machen, durch energischen Protest das deutsche Volk vor einem solchen Reichsvereinsgesetz zu bewahren.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
C. Legien.

Wir schließen uns dieser Aufforderung an und eruchen die Parteigassen, gemeinsam mit den Gewerkschaftskartellen das Erforderliche zu veranlassen.
Der Parteivorstand.

Waffenstillstand.

Die Verhandlungen im Baugewerbe in Berlin sind beendet worden. Bekanntlich wurden sie geführt zwischen den Vertretern des Arbeitgeberbundes und den Vertretern der Arbeiterorganisationen der Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter unter unparteiischer Leitung. Die Verhandlungen bezogen sich auf den vom Arbeitgeberbund aufgestellten sogenannten „Mustertarif“. Die Debatten waren mitunter ziemlich scharf, besonders über die Fragen der Akkordarbeit, die Agitation auf der Baustelle, die Vertragsdauer. Am Donnerstagabend um 11 Uhr waren die Parteien nach mehrfachen Sonderberatungen soweit gekommen, daß sie sich über die in dem Mustertarif aufzustellenden Grundbestimmungen geeinigt hatten. Dann wurde eine Redaktionskommission eingesetzt, die bis 2 Uhr nachts an der Formulierung des Mustertarifs arbeitete, der nunmehr als zwischen den beteiligten Vertretern vereinbart gelten kann. Der Tarif hat in verschiedenen Punkten eine andere Fassung, als die von den Unternehmern aufgestellte, erhalten. Den Vertretern der Arbeiter gelang es, einige Bestimmungen, an denen sie Anstoß nahmen, zu beseitigen oder doch zugunsten der Arbeiter abzuschwächen.

Dem § 3, der im Entwurf der Unternehmer lautete: „Überstunden sowie Nachtarbeit und Arbeit an gesetzlichen Feiertagen sind in besonderen Fällen auf Verlangen des Arbeitgebers zu leisten,“

ist der Zusatz angefügt: „und dürfen im wesentlichen nur gefordert werden, wenn durch deren Unterlassung Menschenleben in Gefahr kommen, Verkehrsstörungen eintreten oder zu beseitigen sind. Ferner bei dringenden Reparatur- und Installationsarbeiten in Theatern, Fabriken und bei ähnlichen Arbeiten.“

In § 4 des Tarifs sollte der Stundenlohn festgesetzt werden, der — nach dem Entwurf — an tüchtige Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter zu zahlen ist. Hierdurch wäre es den Unternehmern möglich gewesen, jedem Arbeiter, den sie nicht für tüchtig halten, geringere als die vertragsmäßigen Löhne zu zahlen. Dadurch würde das gleichzeitige Bestehen verschiedener Lohnklassen ermöglicht und ein Zustand geschaffen worden sein, den die Arbeiter seit Jahren bekämpfen. — Das Wort „tüchtige“ ist nunmehr aus dem Tarif gestrichen. — Die Bestimmung, daß für minder leistungsfähige Arbeiter geringere Löhne vereinbart werden können, hat eine andere Fassung erhalten und lautet jetzt:

„Für Gebilten, die infolge Alters oder Invalidität in ihrer Leistungsfähigkeit beschränkt sind, für jugendliche Arbeiter sowie für Junggelehrten im ersten und zweiten Jahre nach beendigter Lehrzeit und bestandener Gesellenprüfung kann ein geringerer Lohn durch freie Vereinbarung festgesetzt werden.“

§ 5 lautet: „Akkordarbeit ist zulässig; die Akkordpreise unterliegen besonderer Vereinbarung.“

§ 6 setzt die Lohnzahlungsperiode fest und sagt: „Der Lohn wird nur für die wirklich geleistete Arbeitszeit bezahlt. Der Arbeitnehmer kann für solche Zeiten keinen Lohn fordern, in denen er durch einen in seiner Person liegenden Grund an der Arbeit verhindert worden ist, auch wenn die Versäumnis entschuldbar und nicht von erheblicher Dauer ist (§ 616 des B. G. B.). Für diejenige Zeit, in welcher die Arbeit ruhen muß infolge Materialmangels, Witterungsverhältnisse, polizeilicher Anordnung, Stilllegung des Baues durch den Bauherrn, Betriebsstörung der Materialförderungsanlagen oder partieller Streiks der auf den Baustätten beschäftigten Mitarbeiter kann der Arbeitnehmer ebenfalls keinen Lohn beanspruchen. In Orten, wo Kündigungsfristen vereinbart sind, kann bei Materialmangel das Arbeitsverhältnis von den Arbeitern ohne Einhaltung der Kündigungsfristen gelöst werden, sofern der Arbeitgeber sich nicht rechtzeitig zur Zahlung des Lohnes bereit erklärt.“

§ 8 handelt von der Schlichtungskommission. In § 9 verpflichten sich die Parteien, Streiks, Aussperrungen und Ausperrungen, welche im Widerspruch mit dem Vertrage ausbrechen, nicht zu unterstützen.

§ 10 verbietet in seiner ursprünglichen Fassung „jegliche Agitation auf der Arbeitsstelle bei sofortiger Entlassung.“ Der § 10 ist wesentlich geändert worden. Er lautet jetzt:

„Das Zusammenarbeiten mit anderen oder nichtorganisierten Arbeitnehmern auf ein und derselben Arbeitsstelle darf nicht beanstandet werden. Die Einstellung und Entlassung von Arbeitern steht im freien Ermessen des Arbeitgebers. Jegliche Agitation während der Arbeitszeit ist verboten. Die Pausen gelten nicht als Arbeitszeit. Anders- oder nichtorganisierte Arbeiter dürfen in Pausen sowie vor und nach der Arbeitszeit nicht belästigt werden. Der Zutritt zu den Arbeitsstellen ist anderen als den dort beschäftigten Personen ohne Erlaubnis des Arbeitgebers nicht gestattet. Die Zugehörigkeit zur Organisation darf kein Grund zur Entlassung sein; ebensowenig darf der Austritt aus einer Organisation vom Arbeitgeber verlangt werden. Arbeitsordnungen dürfen den Vertragsbestimmungen nicht zuwiderlaufen.“

§ 11 enthält die Bestimmung, daß der Vorstand des Arbeitgeberbundes und die Vorstände der vertragsschließenden Gewerkschaften die Einzelverträge zu genehmigen haben.

Neben dem so umgestalteten „Mustertarif“ sind Erläuterungen desselben vereinbart und protokolllarisch festgelegt worden. Hinsichtlich der Arbeitszeit haben sich die Parteien dahin geeinigt, daß da, wo die Arbeitszeit bis 10 Stunden beträgt, zurzeit keine Verkürzung derselben eintreten soll.

Mit dem Abschluß der hier mitgeteilten Verhandlungen ist die gegenwärtige Bewegung im Baugewerbe noch keineswegs beendet. Auf Grund der allgemeinen Bestimmungen des „Mustertarifs“ sind jetzt die Einzelverträge in den verschiedenen Orten oder Bezirken zu beraten. Es handelt sich dabei um Festlegung der örtlichen Verhältnisse, besonders der Lohnsätze. Diese Beratungen finden statt am 1. April in München, am 6. April in Essen (für Rheinland-Westfalen), am 9. April in Berlin, am 13. April in Frankfurt a. M. (für Mitteldeutschland.) Bis zum Abschluß dieser Verhandlungen werden natürlich keine Kampfmaßnahmen unternommen.

Die Aussperrung, welche die Unternehmer für den Fall des Nichtzustandekommens der Tarife für den 1. April angedroht hatten, unterbleibt also, wenigstens vorläufig. Ob es überhaupt nicht zum Kampfe von Seiten der Unternehmer kommt, läßt sich jetzt noch nicht sagen, denn wenn auch nur einer der noch zu beratenden Einzelverträge nicht zustande kommen sollte, wäre immer noch die Situation gegeben, welche die Unternehmer zur Voraussetzung der allgemeinen Aussperrung gemacht haben. Gegenwärtig herrscht also im Baugewerbe Waffenstillstand. Ob er zu einem dauernden Frieden führt, wird sich erst nach Mitte April entscheiden können.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Janfaren zur Reichsfinanzreform.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ hat das Bedürfnis gefühlt, die Wünsche und Hoffnungen, die sie an die kommende Reichsfinanzreform knüpft, zu folgender Betrachtung zusammenzufassen:

Daß in erster Reihe an eine Reichserbschaftsteuer gedacht wird, darf nach allgemeiner Kenntnis der Dinge wohl als sicher gelten und man kann nur hoffen, daß die Widerstände, die einer solchen Steuer noch immer im Reichstage leben, bis zum Herbst überwunden sein mögen. Der Reichserbschaftsteuer, die nach Schätzung erfahrener Praktiker 80 Millionen bringen würde — man

Schähen ihre Erträge sogar noch höher, andere allerdings wieder erheblich niedriger — würde sich dann eine Reform der Branntweinsteuer zugesellen, deren Aufkommen man vielleicht auf 70 Millionen ansetzen darf. Aber auch eine Wehrsteuer, die Herr v. Rheinbaben noch vor einiger Zeit mit dem ihm eigenen Glanz abwieh, wird jetzt wohl ernstlich in Erwägung gezogen. — Ob man in diesem Zusammenhang noch ernsthaft an eine Besteuerung des Tabaks denkt, vermögen wir nicht zu sagen. Ihre Aussichten wären bei der dermaligen Stimmung im Reichstage freilich recht gering. Nur soviel ist gewiß, daß diesmal die Verbündeten Regierungen schwerlich auch mit einem Mantelgesetz kommen werden. Daß sie vielmehr froh sein werden, wenn sich aus den am wenigsten unstrittenen Steuerquellen soviel zusammenschöpfen läßt, daß der dringende Bedarf des Reiches befriedigt werden kann.

Ein echt nationalliberales Bekenntnis! Erstens kann die Erbschaftsteuer weit mehr als 80 Millionen Mark bringen, wenn man sich das Beispiel anderer Länder vor Augen hält, das ja immer herangezogen wird, wenn es gilt, indirekte Steuern auf einen Konsumartikel zu beschönigen, der im Auslande angeblich stärker herangezogen wird. In England bringt die Erbschaftsteuer 420 Millionen, in Frankreich über 300 Millionen Mark; hier werden allerdings auch die Erbschaften der Kinder und der Ehegatten herangezogen, während in Deutschland durch die Steuerfreiheit dieser Verwandtschaftskreise 75 Proz. aller Erbfälle ungeschmälert bleiben. Daß eine Wehrsteuer geplant sein soll, erscheint unwahrscheinlich; Rheinbaben hat sich so scharf gegen sie ausgesprochen, daß jeder alle „maßgebenden Kreise“ hinter ihm gestanden haben, und im Volke würde sie auf lebhaften Protest stoßen, selbst wenn man ihr das Odium der Krüppelsteuer nehmen sollte. Interessant ist in jedem Falle, daß die Nationalliberalen Korrespondenz in ihrem Optimismus das Branntweinmonopol und die Zigarren-Bänderole-Steuer von der Bildfläche verschwinden läßt; ob sie das richtige getroffen hat, wird sich zeigen. Ausgeträumt scheint freilich der Traum der Bismarckmann, Sunk zu sein, die wenigstens für eine Reichsvermögenssteuer plädierten. Man scheint eingesehen zu haben, daß diese Trauben zu hoch hängen und auch Herr Sydow sie nicht zu rücken vermag angesichts des Umstandes, daß die preussischen, sächsischen, bayerischen Finanzminister mit den ausschlaggebenden preussischen Herrenhäusern sich im Haß gegen jede direkte Reichsteuer einmütig zusammengelassen haben.

Kolonialdiktien.

Der kürzlich in dem Gehecht gegen Simon Copper gefallene Hauptmann v. Erckert hat am 7. Februar folgenden charakteristischen Brief nach Oldenburg gesandt, der jetzt veröffentlicht wird:

Nachrichten aus Deutschland wenig erquicklich, obgleich außerpolitische Ruhe. Es scheint doch notwendig, bald ein Ventil zu ziehen. S. W. hat das Volk zu wenig berührt und lag zu fern. Hin und wieder muntert man ja in deutschen Zeitungen von Unternehmungen gegen Simon Copper. Ich war froh, daß bisher von unsern Unternehmungen nichts verlautete, an denen ich seit sieben Monaten arbeite. Die Begriffslosigkeit dieser Dinge zu Hause nach dem dreißährigen Feldzuge ist aber beschämend. In der Rundschau erschien ein Leitartikel „Simon Copper“, den wir zuerst als Auszug aus der Karnevalsnummer der Münchener N. N. ansahen. Jetzt schreibt die „Kolonialzeitung“ von einer „Räuberbande“. Die Räuberbande verfügt über über 200 bis 300 moderne Gewehre und zählt 500 Männer.

Besten Gruß Ihr ergebener

Erckert.

Man sieht also, wie es um die „Sachverständigkeit“ vieler wohlwollender kolonialpatriotischer Blätter bestellt ist und wie wenig von einem „glänzenden Siege“ über Copper, den die nämliche Presse ausposaunte, die Rede sein kann. Der Gegner muß trotz seiner beträchtlichen Verluste im letzten Gehechte immerhin noch über erhebliche Streitkräfte verfügen.

Die Osterferien des Reichstages

sollen, wie aus Berlin gemeldet wird, schon in den ersten Tagen der zweiten Aprilwoche — am 7. oder 8. nächsten Monats — beginnen und bis zum 28. April währen. Nach einer weiteren dreiwöchigen Lagungsdauer soll dann — etwa am 20. Mai — der Reichstag auf einen frühen Herbsttermin vertagt werden.

Spott als Lohn für die Troßknechte.

Man kann nicht jagen, daß die Troßknechte der Blockarmee, die Freisinnigen, von ihren Herren durch zarte Behandlung verwöhnt worden seien. Aber was jetzt die „Kreuz-Zeitung“ an Hohn über die Mugdanesen ausgießt, ist wohl selbst diesen etwas zu bitter. In seiner angenehmen Krautjunker-Manier sagt das Blatt:

„Der Reichskanzler hat den Liberalen aller Schattierungen einen Stein vom Herzen genommen: er hat den trockenen amtlichen Ton der am 10. Januar im preussischen Abgeordnetenhause verlesenen Wahlrechts-erklärung gleichsam zurückgenommen“ und ihren Inhalt in den denkbar elegantesten Worten und unter Zugabe einiger Bonmots wiederholt. Auf das Macisolo hat er das Scherz folgen lassen. Das Thema ist zwar dasselbe, aber die vorliegenden Bearbeitungen erzeugen verschiedene Stimmungen, und die Liberalen sind heute sehr vergnügt. Es ist besonders auffallend, wie schnell sich der Freisinn an das Ausblicken zur Regierung und an das Beobachten ihrer Augenbrauen gewöhnt hat, wie schwer er schon daran trägt, wenn ihm eine Forderung in der nüchternen, unpersönlichen Amtssprache abgefragt wird, und wie er aufmerkt, wenn ihm dann das bittere Nein mit einigen freundlichen Worten verübt wird. Die Nationalliberalen beherrschen ihre Mienen schon besser; aber verbergen können auch sie es nicht, daß sie sich mehr auf die Forderung durch die Regierung, als auf die eigene Kraft verlassen.“

In der Tat, auffallend schnell hat sich der Freisinn an das Ausblicken zur Regierung gewöhnt; die gewandtesten Lokalen sind von den Kopien und Biemer lärgen übertrugen. Und auch das ist wahr, daß er aufstaut, wenn er nur ein paar freundliche Worte zu hören bekommt. Der gewöhnliche Lokal rechnet doch noch mit einem hingeworfenen Trinkgeld; die Freisinnigen entschließen sich aus perverter Lust an der Entwürdigung

Für all ihr Kriechen und Lecken werden sie noch grimmig verhöhnt; und auch den Hohn-Stecken sie ein.

Wie man Kolonien hebt.

Nach einer neuen Verfügung werden die für Rechnung des Gouvernements Südwestafrika erhobenen Hafensabgaben für Häute und Felle jetzt nicht mehr wie bisher nach Gewicht, sondern nach Maß berechnet. Die Woermann-Linie hat sich das zunutze gemacht und erhebt die Beförderungsgebühren bis an Bord jetzt auch nach demselben Modus. Die Folgen sind eigentlich ganz ungeheuerlich. Hafensabgaben und Beförderungsgebühren betragen beide an sich heute mehr als die gesamte Seefracht nach Hamburg.

Die „Deutsch-Südwestafrikanische Zeitung“ beleuchtet dies an einem Beispiel: 20 Bündel Kleinviehelle wiegen etwa 1400 Kilogramm. An Hafensabgaben für 1400 Kilo (4 Mk. pro 1000 Kilo) wurden früher 5,60 Mk. bezahlt, heute kosten dieselben 1400 Kilo, da die 20 Bündel 10,6 Kubikmeter messen (4 Mk. per 1 Kubikmeter), 42,40 Mark. Ebenso betragen die Beförderungsgebühren früher (5,50 Mk. für 1000 Kilo) 7,70 Mk., heute (5,50 Mk. für 1 Kubikmeter) 58,30 Mk.! Die Seefracht, da sie weiter nach Gewicht erhoben wird, wie dies bei einem so geringwertigen Produkt eigentlich selbstverständlich ist, wenn man die Verschiffung überhaupt ermöglichen will, bleibt nach wie vor 42 Mk. für die 20 Bündel Felle (30 Mk. p. 1000 Kilogramm). Hafensabgaben und Beförderungsgebühren sind also mit zusammen 100,70 Mk. über doppelt so hoch als die gesamte Seefracht von Swakopmund nach Hamburg.

Heute schon haben große Firmen die Ausfuhr von Fellen aus Südwestafrika als unrentabel aufgegeben. Nach der jetzigen Mehrbelastung ist erst recht nicht zu erwarten, daß sich der Export heben wird. — Wenn man „Neu-Deutschland“ nach gleichen Methoden weiter hebt, wird man noch recht erbauliche Überraschungen erleben können.

An die Adresse der Freisinnigen.

richtet sich nachfolgende Rundgebung der „Zentralstelle der fortschrittlichen Arbeiterschaft“: „Die Zentralstelle der fortschrittlichen Arbeiterschaft erblickt in der Zustimmung freisinniger Abgeordneter zum Sprachenkompromiß nicht nur eine Preisgabe fundamentaler liberaler Grundsätze, sondern vor allem einen Akt, welcher der Arbeiterschaft, namentlich der rheinisch-westfälischen, ein Stück ihres Koalitionsrechts nimmt. Die Zentralstelle fordert daher die freisinnigen Abgeordneten auf, das Sprachenkompromiß bei der Leistung im Plenum abzulehnen oder wenigstens eine Bestimmung zu schaffen, nach der gewerkschaftliche Versammlungen von dem Sprachenverbot ausgeschlossen sind. Die fortschrittliche Arbeiterschaft hofft, daß die freisinnigen Abgeordneten diesen Wünschen Rechnung tragen werden, sonst würde den fortschrittlichen Arbeitern nichts anderes übrig bleiben, als die Konsequenzen aus dem Verhalten der freisinnigen Abgeordneten zu ziehen.“

Und die nennen sich Demokraten!

In einer Sitzung des engeren und weiteren Ausschusses der württembergischen Volkspartei wurde mit großer Mehrheit dem Kompromiß über den Sprachenparagrafen zugestimmt. Kommentar überflüssig!

Rußland.

„Ist das Ruhe? Dem „Berl. Tagebl.“ wird aus Petersburg vom Sonntag depechiert: Im Ministerium des Inneren sind heute wichtige depechierte Depeschen aus Sewastopol eingetroffen. Sie berichteten, daß die Geheimpolizei der Aufdeckung einer neuen, sorgfältig vorbereiteten Revolte der Schwarzmeer-Flotte auf die Spur gekommen ist. Ein Teil der Rädelsführer ist bereits verhaftet; die Verhaftungen dauern noch an. Der Plan der Verschwörer war der, daß die Matrosen eines Panzerschiffes nach dem Auslaufen auf hoher See die Offiziere und den Kommandeur über Bord werfen, alsdann zurückkehren und die Stadt beschließen wollten, wo die Flottenreserven eine Erhebung unter den Matrosen und den Landtruppen vorbereiten und die Häuser in Brand stecken sollten, um die Verwirrung allgemein zu machen. Während der Panik sollten dann die hohen Administrationsbeamten und die militärischen Vorgesetzten teils gefangen, teils ermordet werden, um die Stadt in Besitz der Revolutionäre zu bringen. — In Wladiwostok sollen gleiche Vorbereitungen im Gange sein. Die Revolutionäre sollen dort sogar den teuflischen Plan gefaßt haben, die japanische Flotte unter dem Vorwande des Schutzes der japanischen Staatsangehörigen nach Wladiwostok kommen und die Landung eines starken Truppenkontingents vornehmen zu lassen. Der Sewastopoler Anschlag ist als gescheitert zu betrachten; in Wladiwostok dauert die Agitation noch fort.

Finnland.

Ein Mißtrauensvotum. Nach sechzehnständiger Debatte nahm der Landtag Sonnabend morgens 5 Uhr mit 71 gegen 47 Stimmen einen von den Sozialdemokraten aus Anlaß des Berichts des Verfassungsausschusses über die Sicherung der rechtlichen Stellung Finnlands eingebrachten Antrag an, welcher ein Mißtrauensvotum gegen das Verwaltungsdepartement des Senates enthält. Die Wisannen (Suometarianer) enthielten sich der Abstimmung.

Frankreich.

Zu der Kammer wurde gestern die Amnestievorlage beraten. Während der Debatte wurde Clemenceau von den Sozialisten arg bebrängt. Sie warfen ihm vor, daß er heute gegen die Antimilitaristen sich unerbittlich zeige, während er sie früher als Genossen hochgehalten habe. Zum Antimilitaristen-Kongreß in Amsterdam habe er sogar 10 Franks beigegeben. Clemenceau rief hierzu: „Das beweist nur, daß ich eine allzu leichte Hand habe, Mein Freund Emile Loubet hat für denselben Kongreß 5 Franks gespendet.“ (Schallende Heiterkeit.)

Belgien.

Liebliche Gegenjäger aus der „besten der Welten“. Unser belgischer Genosse Louis Bertrand er-

innert im „Peuple“ angefaßt der horrenden Summen, die Leopold bei der Übergabe des Kongostaates von Belgien fordert, an eine Enquete (man könnte von einer Enquete des Glends sprechen), die vor einiger Zeit in Brüssel vorgenommen worden ist. Die Untersuchung erstreckte sich auf ein Stadtviertel mit siebzehn Straßen und fünfzig sogenannten Engpässen. Hier fanden sich 654 Häuser, zu denen die frische Luft keinen Zutritt hat. Der Gegenlag hierzu: Leopold verausgabte ungezählte Millionen für sein Schloß in Laeken, er verlangt weitere Millionen zur Vergrößerung und Verschönerung des Schlosses, in dem er fast niemals wohnt.

Die Enquete gibt weiter an: Von den 654 Häusern sind 147 im Zustande des Verfalls, halbe Ruinen. Leopold hat für seine Besetzung in Südfrankreich, wo er eine Tage mit der Baronin Vaughan in glücklicher Zurückgezogenheit verbringt, 15 Millionen verausgabt.

Aus der Enquete: 251 Manfarden und 15 Keller dienen Arbeiterfamilien als Wohnung. Der König verlangt zwanzig Millionen zur Verschönerung von Ostende, wozu zehn Millionen für einen Hypodrom und mehrere Millionen für eine Kapelle auf den Dünen in der Nähe des königlichen Schlosses.

Die Enquete: In einem Engpaß befindet sich ein Haus, wo 51 Personen, ein anderes, wo 64 Personen ein einziges Klosett zur Benutzung haben. Für den berühmten Tunnel im Schloß zu Laeken wurden vier Millionen Francs weggeworfen.

Von 900 Haushaltungen waren 562, die nur aus je einem Zimmer, und 262, die aus je zwei Zimmern bestanden. In diesen Zimmern hausten je 5, 6, oft 7 bis 10 menschliche Wesen. Von den 672 Haushaltungen, bestehend aus einem oder mehreren Zimmern, wurden 234 gezählt, in denen Mädchen und Knaben, Erwachsene und Unerwachsene in ein und demselben Zimmer, in den meisten Fällen auch in demselben Bette schliefen. Nur in sieben Haushaltungen wurden die Kinder verschiedenen Geschlechts in getrennten Räumen gebettet. In denjenigen Haushaltungen, die nur über je ein Zimmer verfügten, bleibt selbstverständlich eine andere Möglichkeit gar nicht übrig.

Dagegen verbrauchte der König für die Wohnung seiner Tochter Clementine (der einzigen seiner Töchter, mit der er noch Freundschaft hält) 2 Millionen Francs, weitere Millionen fordert er für diesen Zweck. Für die königlichen Schlösser in Brüssel, Laeken, Ostende, Ciergnon usw., die fast stets unbewohnt sind, werden immer weitere Millionen gefordert.

Aus den Feststellungen der Enquete: 270 Haushaltungen verfügten über ein Einkommen von täglich 1 bis 2 Frank; 376 über ein solches von 2 bis 3 Frank; und 229 von 3 bis 4 Frank pro Tag. Der König hat eine Zivilliste von 3 300 000 Frank pro Jahr; der Prinz Albert, der persönlich sehr reich ist, muß sich mit 200 000 Frank pro Jahr behelfen; für seine Tochter Clementine fordert der König 75 000 Frank pro Jahr.

Wahrlich, das sind liebliche Bilder aus dem Gegenwartskampf. Inmitten der belgischen Kapitale ganze Häuserblocks, wo das grauenhafte Glend haust, wahre Seuchenherde, eine klandestine Gefahr für die Allgemeinheit. Auf der anderen Seite wahnwitzige Luxusbauten, Verschwendung von Millionen für Anlagen, die vollständig nutzlos daliegen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 31. März.

Achtung Maurer! Über sämtliche Bauarbeiten des Verwaltungsgebäudes des Steuerbureaus, Firma Güner und Seidenreich, ist seitens des Zweigvereins die Sperre verhängt. — Der Zugang von Maurern nach der Insel Fehmarn ist fernzuhalten.

Die Mannschaften des Fährbetriebes der Ostsee-Schiffer, Matrosen und Steuerleute sind ausgesperrt. Zugang ist fernzuhalten.

Zugang nach der Grevedammener Matzfabrik ist strengstens fernzuhalten.

Zugang von Maurern und Zimmerern nach Söhrmann in Travemünde ist streng fernzuhalten, da die Sperre über diese Firma verhängt ist.

Achtung, Genossen! Die Versammlung der weiblichen Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins findet umständehalber erst Donnerstag den 9. April statt.

Achtung, Gewerkschaftskassierer! Der Kassierer des Gewerkschaftsartells und des Arbeitersekretariats wird am Mittwoch, Donnerstag und Freitag dieser Woche, abends von 8 Uhr an, zur Entgegennahme der Beiträge im Vereinshaus anwesend sein.

Der „unpolitische“ Lübecker Landesriegerverband. Es ist eine bekannte Tatsache, daß kaum in irgend welchen Vereinen, die sich nicht offiziell mit politischen Problemen befassen, soviel Politik getrieben wird, als in den Kameradschafts- und Riegervereinen. Auch in Lübeck ist das der Fall. Die zahlreichsten, in leicht erkennbarer Absicht gegründeten sog. „kameradschaftlichen“ Vereine geben ein „Nachrichtenblatt“ heraus, das früher von Jul. Heise, jetzt von einem Oberlehrer Dr. Ost redigiert wird. In der März-Nummer dieses „Nachrichtenblattes“ wurde die politische „Neutralität“ der Riegerverbände durch folgende Notiz dokumentiert:

Herrn Bebel's Vaterlandsliebe. Herr Bebel erklärt öffentlich in der „Proletarier-Gütte“ in Schöneberg-Berlin 29. Oktober 1907:

„Ich konstatiere, daß ich seit den 40 Jahren die ich parlamentarisch tätig bin, allezeit von meinen politischen Gegnern als Antipatriot, als Vaterlandsfeind und mit ähnlichen Epithelen bedacht worden bin und bis heute bedacht werde. Und warum? Weil ich mich nie zu jenem Patriotismus bekannt habe, wie ihn die bürgerliche Welt deklariert, der stets im gegebenen Falle in Chauvinismus umschlägt. Auch sollte Herr D. A. Forel wissen, daß so oft Deutschland in kriegerische Ereignisse verwickelt wurde oder verwickelt zu werden drohte, wie z. B. der deutsch-französische Krieg, der südwestafrikanische Aufstand, oder die Marokko-Affäre, ich ein Vorkämpfer derjenigen war, die diese Vorgänge (d. h. stets nur Deutschlands Abwehr frecher Friebsstörungen) bekämpfte und verurteilte.“

So etwas nennt sich seit vierzig Jahren deutscher Reichstagsabgeordneter!

Die hier gesperrt wiedergegebenen Sätze sind auch im „Nachrichtenblatt“ gesperrt gedruckt. Die unfernen Genossen Bebel von gewissen Lügen-Frühen gemachten und

gründeten Vorwürfe, er sei Antipatriot und Vaterlandsfeind etc. will man durch besondere Hervorhebung im Druck so hinstellen, als ob Bebel sie als richtig anerkenne. Auch die Art wie der deutsch-französische Krieg, der südafrikanische Aufstand und die Marokko-Affäre in „Deutschlands Abwehr frecher Friedensstörungen“ umgeändert werden, ist bezeichnend für die „ehrliche“ Absicht, die vom Nachrichtenblatt mit der ganzen, den verlangten Titel „Herr Bebel's Vaterlandslosigkeit“ tragenden Notiz, befolgt wird. So etwas nennt man dann „politische Neutralität der Kriegervereine!“ Die Tatsache, daß sowohl Genosse Bebel, wie die Sozialdemokratie überhaupt, mehr wahre Vaterlandsliebe besitzt, als gewisse mordspatriotische Surrealschreier, kann man durch Notizen wie die obigen, die für die politische Einfalt berechnete sind, nicht aus der Welt schaffen. Wir haben schon wiederholt betont, daß die Mitglieder der sogenannten kameradschaftlichen Vereine von deren Leitung in der Hauptsache nur als Sturmböcke gegen die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter benutzt werden; im eigenen Interesse sollten deshalb Arbeiter sich nicht zum Eintritt in die unter falscher Flagge segelnden kameradschaftlichen Vereine verleiten lassen.

Eine fette Ente ist wieder einmal in Lübeck aufgelaufen und hat sich im „Hamb. Corr.“ niedergelassen. Diesem Blatt wird von hier geschrieben: „Die Aussichten auf eine Neuwahl zum Reichstage werden jetzt hier als außerordentlich günstig bezeichnet. Man will nämlich wissen, daß die Wahlprüfungskommission des Reichstages die Wahl des sozialdemokratischen Abgeordneten Schwarz mit 7 gegen 5 Stimmen beanstandet hat, nur sei der Beschluß der Kommission noch nicht veröffentlicht worden. Wie es heißt, stammt diese Nachricht vom Abgeordneten Schwarz selbst her, der in sozialdemokratischen Vereinen Mitteilung davon machte. Daß verschiedene Vorläufe bei der Wahl von der Wahlprüfungskommission als „erheblich“ angesehen worden sind, war schon vorher bekannt. Daß man in sozialdemokratischen Kreisen sehr stark mit der Möglichkeit einer Neuwahl rechnet, will man auch daraus schließen, daß der Abgeordnete Schwarz letzte Woche plötzlich aus Berlin zurückkehrte und verschiedene Versammlungen der sozialdemokratischen Wahlkomitees stattgefunden haben sollen. Die Rückkehr des Abg. Schwarz von Berlin könnte man aber auch damit begründen, daß er als Mitglied der Lübecker Bürgerchaft den Beratungen des Staatsbudgets hat beizuhören wollen, wie dies auch tatsächlich der Fall war.“ — In dieser ganzen Meldung ist auch nicht ein wahres Wort. Der Wunsch ist wieder einmal der Vater des Gedankens gewesen. Bei der Prüfung der gegen die Wahl unseres Genossen Schwarz angeführten Protestgründe hat sich bisher nur die Tatsache herausgestellt, daß die vom Zentralwahlkomitee der vereinigten bürgerlichen Parteien gemachten Angaben über angebliche Wahlmotive direkt aus den Fingern gesogen sind. Bei einer etwaigen Beanstandung der Wahl würde das amtlich festgestellt werden.

Schwer im Magen hat den hiesigen Reichsverbändlern und ihrer Presse das Referat unseres Genossen Stücklen gelegen, das dieser am 14. März in einer überfüllten Volksversammlung hielt. Da man selbst nicht anstande war, gegen die in jeder Beziehung zutreffenden Ausführungen etwas erwidern zu können, so verfiel man auf den immerhin von einer gewissen Schlaubeit zeugenden Gedanken, die beiden Nummern des „Volksboten“, in denen das Stücklensche Referat wiedergegeben war, nach der Dessauer Straße in Berlin, allwo sich die ganze Reichsverbandsintelligenz konzentriert, zu senden und um Widerlegung der von unserm Genossen angeführten Tatsachen gehorsamt zu bitten. Die Antwort ist denn jetzt auch glücklich eingetroffen, also vierzehn Tage nach der vom Sozialdemokratischen Verein veranstalteten Versammlung; das Amtsblatt veröffentlicht dieselbe als Leitartikel. Natürlich behauptet der gerade infolge seiner negativen Wahrheitsliebe besonders geschädigte Reichsverband kurzer Hand, alles das, was Genosse Stücklen gesagt hat, sei nicht wahr. Der Reichsverband ist danach keine konservative Organisation, weil auch Mitglieder anderer Parteien ihm angehören. Wirklich, famos erbleibt! Stücklen hatte allerdings behauptet, der Reichsverband sei seinem Wesen nach konservativ; auch die Gründer seien in der Hauptsache Junker und Scharfmacher. Da diese Tatsache nicht zu bestreiten ist, so beweist der Reichsverband das Gegenteil in der vorstehend wiedergegebenen Art. Auf gleicher Höhe steht die „Widerlegung“ der Angabe unseres Genossen Stücklen, die Reichsverbandskorrespondenz mache Front gegen eine Wahlrechtsverbesserung in Preußen; man beitrete das und sagt, es sei nur „objektiv“ die Broschüre eines der ärgsten Wahlrechtsfeinde, Vorster, besprochen worden. In Wirklichkeit hat jedoch der Reichsverband nicht nur die Vorster'sche Broschüre „objektiv“ besprochen, sondern deren Verbreitung warm empfohlen, und damit sein Einverständnis mit den volksfeindlichen Ansichten des Vorster bezeugt. Ferner wird wieder einmal versucht, die Fälschung des Sages von den „weibeinigen Tieren in Uniform“ vom Reichsverband abzuschütteln. Tatsächlich hat ein Reichsverbandsangestellter vor dem hiesigen Schöffengericht zugeben müssen, daß das angeblich einem Buch von Hans Blum entnommene Zitat „verheerlich“ mit den Kriegern von 1870-71 durch Reichsverbandsangestellte in Zusammenhang gebracht worden ist. Wir wollen auf weitere Einzelheiten des Amtsblatt-Artikels nicht eingehen, weil dazu der Raum unseres Blattes zu schade wäre. Was Genosse Stücklen, der ein genauer Kenner der Schliche des Reichsverbandes ist, ausführte, trifft in jedem Fall den Nagel auf den Kopf. Daran ändert eine Reichsverbandsentgegnung auch dann nichts, wenn sie noch später, als nach vierzehn Tagen, erschienen wäre.

Zur Tarifbewegung der Roll- und Wockwagenkutscher. Einige Firmen haben sich bis heute noch nicht veranlaßt gesehen, den zwischen den organisierten Fuhrern und Arbeitern abgeschlossenen Tarif anzuerkennen. Wir ersuchen die Arbeiterschaft Lübeck, bei Arbeitsangeboten als Kutscher, Maaten oder Packer zunächst Erkundigungen beim Vorstand des Transportarbeiter-Verbandes, Johannisstraße 46, Hinterhaus I., einzuziehen.

Die Aussperrung in der Metallindustrie dauert in Lübeck fort. Auch in Hamburg und anderen Hafenorten sind Aussperrungen vorgenommen worden. Die Gruppe deutscher Schiffswerften des Industriellenverbandes hat ihre terroristische Aussperrungsandrohung in die Tat umgesetzt und am Sonnabend einen Teil ihrer Arbeiter auf die Straße gemorjen, obwohl die streikenden Kieler Werftarbeiter am Freitag beschlossen hatten, die Arbeit wieder aufzunehmen. Das ist also wieder einmal die Friedensliebe der Werftherren! Die Scharfmacherpresse schwindelt, durch partielle Streiks werde die gesamte Schiffbauindustrie schwer geschädigt. Wenn aber die Herren Werftherren aus purem Wackdünkel Tausende von Arbeitern aussperrten, so ist das ganz in der Ordnung und von einer Schädigung der Industrie ganz und garnicht die Rede. Zuzug von Metallarbeitern nach den von der Aussperrung betroffenen Orten ist fernzuhalten.

Zum Hinweis. Wir haben den Hauptantrittstermin erreicht. Die Kielerwehrliebe beleben das Straßenbild und behindern den Verkehr, besonders in denjenigen Straßen, die eng sind und durch die die Elektrische fährt. Allerlei Streitfragen tauchen in diesen Tagen auf. Zu Ruß und Frommen der Mieter seien hier einige Hauptfingerzeige gegeben, wie man sich in manchen Situationen zu benehmen hat, um sich sein Recht nicht verkümmern zu lassen. Zunächst die Kündigungsfrist. Wer den Quartalswechsel zur Kündigung benutzen will, muß zunächst noch einmal seinen Kontrakt zur Hand nehmen, um nachzusehen, ob wegen der Kündigung ganz besondere Vereinbarungen darin stehen. Ist dies nicht der Fall oder ist ein schriftlicher Vertrag nicht abgeschlossen, auch mündlich nichts Besonderes vereinbart worden, so ist die Kündigungsfrist eine vierteljährliche; die Kündigung muß in diesem Falle bis spätestens am dritten Werktag des April dem Hauswirte bekannt gegeben sein. Bei monatlicher Mietzahlung ist die Kündigung — wenn nichts anderes vereinbart ist — spätestens bis zum 15. für den Dritten des nächsten Monats anzubringen. Ist die Kündigung erfolgt, so ist der Mieter verpflichtet, zu erlauben, daß der Hauswirt die Wohnung Mitkündigen zeigt. Der Mieter braucht sich das aber nicht während des ganzen Tages gefallen zu lassen. Er kann dafür bestimmte Stunden festsetzen. Störungen während des Mittags- und Abendessens, am frühen Morgen oder spät abends braucht er nicht zu dulden. Der Ausziehende hat dem Hauswirte Schäden, die durch sein grobes Verschulden entstanden sind, zu ersetzen, z. B. muß er zerbrochene Fensterscheiben machen lassen. Gewöhnliche Abnutzungsschäden braucht er nicht zu ersetzen. Der Mieter ist berechtigt, alle diejenigen Gegenstände mitzunehmen, die ihm gehören. Dem Mieter gehören z. B. die Pflanzen, die er in seinem Gärtchen selbst gepflanzt hat; der Mieter kann alle Einrichtung, die er in seiner Wohnung getroffen hat, wieder entfernen und mitnehmen. Hat er z. B. Was legen lassen, so kann er die Rohre mitnehmen. Er muß jedoch alle Schäden, die beim Anlegen oder Wegnehmen entstehen, auf seine Kosten beseitigen lassen. Sehr häufig kommt es vor, daß der Mieter auf seine eigenen Kosten irgendwelche Reparaturen vornehmen lassen mußte; der Mieter macht nun von seinem Rechte Gebrauch, bei der Mietzahlung einen entsprechenden Abzug zu machen. Der Hauswirt aber will sich dies nicht gefallen lassen, obwohl er es sich gefallen lassen muß. Der Hauswirt will nun sein Zurückbehaltungsrecht an den Sachen mißbrauchen. Zunächst ist dagegen nicht viel anzurichten. Bei einer Klage fällt der Wirt natürlich herein. Aber der Mieter hat doch die Unannehmlichkeit dabei gehabt, indem ihm der Gebrauch seiner Sachen beeinträchtigt gewesen ist. In einem solchen Falle ist es geraten, dem Wirt unter Vorbehalt das Geld zu geben und ihn zu verklagen. Das Gericht hat ihm dann Mores zu lehren. Kann der Mieter in die neue Wohnung nicht gelangen, weil sie von dem Vorgänger noch nicht geräumt ist, so hat er sich an den Hauswirt zu halten und zu verlangen, daß er ihm die Räume sofort verschafft; wie der Wirt das fertig bringt, ist seine Sache. Hat der neue Mieter durch die Verzögerung Schaden, so muß ihm der neue Hauswirt diesen ersetzen. Nun aber die neue Wohnung! Der Hauswirt hatte versprochen, sie neu herrichten zu lassen. Es ist nicht geschehen. Der Wirt hatte versichert, daß es kein Angeziester gebe. Aber Wangen und Schwanden gibts die Menge. Auch ist die Wohnung feucht, sogar direkt gesundheitsgefährlich. In allen diesen Fällen hat der Hauswirt Abhilfe zu schaffen. Sperret er sich, oder sagt er zwar Abhilfe zu, aber tut nicht dergleichen, so lasse der Mieter auf seine eigenen Kosten die Schäden beseitigen und ziehe den Betrag dem Hauswirt bei der nächsten Mietzahlung ab. Auch ist der Mieter berechtigt, noch einen weiteren Abzug dafür zu machen, daß die Wohnung bis zur Beendigung der Arbeiten minderwertig war. Dieser Abzug darf aber nicht wirklich hoch bemessen sein, sondern er muß den Verhältnissen entsprechen. Hier heißt es vorsichtig sein, um dem Hauswirt gegenüber vor Gericht nicht doch noch den kürzeren zu ziehen. Schließlich vergesse man nicht die polizeiliche Ab- und Anmeldung, sonst gibts ein Strafmandat! Wer sonst noch etwas wissen will, soll sich rechtzeitig danach erkundigen.

Kontrollversammlungen im Restaurant Wockenohof. 1. Am Mittwoch, den 1. April 1908, vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahresklasse 1895. 2. Am Mittwoch, den 1. April 1908, vorm. 11 Uhr für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahresklasse 1896.

Waldschule Lübeck-Weßloc. Die Vorarbeiten für die am 1. Mai zu eröffnende Waldschule sind in vollem Gange. Wie wir hören, wird schon mit dem Aufbau der Baracken begonnen. Der Vortrag des Herrn Geheimrat Bielefeldt über Familien- und Schulgärten wird hier verwirklicht werden. Jeder Waldschüler erhält einige Quadratmeter zur selbständigen Bearbeitung und Bepflanzung überwiesen. Um etwa in Elternkreisen bestehende Unklarheiten betr. Waldschule zu beseitigen, sieht sich die Waldschulkommission genötigt, folgende Auskunftsstellen zu errichten: Lehrer Karl Groth, große Burgstr. 321; Frl. Gustävel, Lehrerin, Webersstraße 16; Hauptlehrer Penckens, Schwartauer Allee 69; Frl. M. Köning, Israelsdorfer Allee 18. Gleichzeitig werden auch dort Anmeldungen entgegengenommen. Ärztliche Bescheinigung vom Haus- oder Kassenarzt ist sehr erwünscht. Im Interesse der Waldschule sei auch auf den Besuch des am 31. März vom Lehrerinnen-Verein veranstalteten Unterhaltungsabends hingewiesen.

Der Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde veranstaltet am Donnerstag, den 2. April im Konzerthaus Fünfhausen einen allgemeinen öffentlichen Vortrag über Licht- und Luftbäder unter Vorführung von äußerst interessanten 70 Lichtbildern. Gerade in der jetzigen Zeit ist es wichtig, auf den belebenden Einfluß des Lichtes hinzuweisen, der allein schon in ständiger, viele Krankheiten zu verhüten und auch zu heilen. Der Vortragende wird die Ursachen vieler Leiden unserer Zeit als in der Absperrung von Licht und Luft begründet nachweisen, und daran anschließend die einfache Anwendung des Sonnenlichts als Gesundheitsfaktor darstellen. Insbesondere wird der Redner auch über Anwendung der Licht- und Luftbäder bei Nervenleiden, zur Abhärtung und zur Körperkultur, welche letzterer jetzt wieder in der gesamten gebildeten Welt die gebührende Achtung gezollt wird, sprechen. Da der Redner als gründlicher Kenner dieses außerordentlich wichtigen und erst seit einigen 10 Jahren wieder in Aufnahme gekommenen Zweiges der Heilkunde geschätzt wird, so steht für jeden Leidenden, wie auch für jeden Gesunden, der sich seuchenfest machen will, ein wertvoller lehrreicher Abend in Aussicht.

Das Benefiz-Güldenfest hatte leider nicht den Besuch aufzuweisen, den man erwarten konnte. Der stets liebenswürdige und entgegenkommende Kassierer unseres Theaters wurde zum Schluß durch Blumen und Geschenke ausgezeichnet. Auch die Aufführung der „Frühlingsluft“ fand reichen Beifall.

Stadtheater-Propositorium. Aus dem Theater-Bureau wird uns geschrieben: „Kaiser Karls Geisel“, das neueste Werk von Gerhart Hauptmann wird Donnerstag zum ersten Male im Stadtheater-Propositorium wiederholt. Freitag gelangt die beliebte Operette „Frühlingsluft“ noch ein letztes Mal zur Aufführung. Ihr Sonnabend wird als vollständige Vorstellung 60 und 75 Bsg. „Die Waise von Lowobd“ vorbereitet.

Hamburg. Aus dem Reserveoffizierkorps ausgetreten wurde der Führer der vereinigten Liberalen, Rechtsanwalt Dr. Brabant, weil er bei der letzten Bürgerchaftswahl zwischen dem mittelständlich-antisemitischen Kandidaten Wehler und dem sozialdemokratischen Kandidaten Umland die Erklärung abgab, Freisinnige könnten gegenüber einem Wahlrechtsverfechterer für den Sozialdemokraten stimmen. Dieser wurde dann ja auch gewählt. Die Denunziation gegenüber Dr. Brabant beging die bekannten erzeptionären „Hamburger Nachrichten.“ Man sieht, Leute von etwas Unabhängigkeitsgefühl kann man im Reserveoffizierkorps nicht gebrauchen.

Kiel. Wegen angeblicher Beledigung des Reichsverbändlers, des ehemaligen Chefredakteurs der „Scheer Nachrichten“, Leisner, stand Sonnabend der Redakteur der „Schlesm.-Holl. Volksztg.“, Genosse Prüter, vor dem hiesigen Schöffengericht. Derbe Antworten des Parteiblattes auf Anpöbelungen der Sozialdemokratie durch jenes bürgerliche Blatt bildeten den Grund der Beledigungsklage. Unerschämtheiten von sich zu geben, aber gegenüber treffenden Antworten die Empfindlichkeiten herauszuflicken, hielt Herr Leisner für angebracht. Er ließ zum Rati und klagte. Resultat: Genosse Prüter wurde zu 100 Mk. Geldstrafe ev. 10 Tage Haft verurteilt.

Reiher. Vom Revolverheldentum der Streifbrecher. Mit einem der sogenannten nützlichen Elemente hatte sich das Schwurgericht zu beschäftigen. Der italienische Arbeiter Pasquale Cardellini hatte während des Mauerkriegs in Neubrandenburg um Pfingsten 1907 mit noch mehreren Landstenten auf einem Bau des Gutes Kallöbe des Dr. v. Griesheim, Arbeit angenommen. Am Sonntag, den 27. Oktober, kam es zwischen dem Genannten und seinem Landmann Dosnaldo, mit dem er schon lange wegen Geldangelegenheiten auf gespanntem Fuße gestanden, auf einem Lanzvergnügen der Schmitzer in der Schmitzerkaserne zu Kallöbe zu einem Streife. Beide verließen die Kaserne und bald nach diesem Momente hieß es, Dosnaldo sei von Cardellini erschossen worden. Dosnaldo wurde auf dem Rücken liegend, lebend, aber mit einer schweren Schußwunde am Halse aufgefunden. Die Kugel war in die linke Halsseite eingedrungen und an der rechten Seite stecken geblieben. Der lebensgefährlich Verletzte wurde ins Krankenhaus nach Greifswald gebracht, hier drei Monate gepflegt und geheilt; seine völlige Wiederherstellung steht in Aussicht. — Cardellini leugnet jede Schuld. Er sagt aus, er sei von Dosnaldo angegriffen worden, habe auf den Angreifer einen Schreckschuß abgeben wollen; dadurch aber, daß Dosnaldo von unten gegen seinen Arm geschlagen, sei es gekommen, daß der Schuß losgegangen sei und unbeabsichtigt den Dosnaldo getroffen habe. Von den Zeugen wurde indessen bekundet, daß Cardellini von Dosnaldo nicht angegriffen sei, vielmehr soll Cardellini nach einem heftigen Wortwechsel den Revolver erhoben und den Schuß auf Dosnaldo abgegeben haben. Dosnaldo stellte ausdrücklich in Abrede, den Cardellini angegriffen oder gar geschlagen zu haben. Er will vielmehr bei dem Wortwechsel sofort von diesem niedergeschlagen sein. Dosnaldo hat heute noch Schmerzen im Halse, namentlich bei schwerer Arbeit. Cardellini wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Theater und Musik.

Stadthallen-Theater. „Kaiser Karls Geisel“, Legendenpiel in 4 Akten von Gerhart Hauptmann. Unzweifelhaft ist Gerhart Hauptmann einer der bedeutendsten, wenn nicht der bedeutendste der gegenwärtig lebenden deutschen dramatischen Dichter. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß Hauptmann als Dramatiker in seinem neuen Werk bei weitem nicht die Höhe erklimmt, die er in seinen „Wesern“ erreicht hat. Mit dem goldenen Schimmer der Poesie ist das Legendenpiel umhoben; die handelnden Personen sprechen eine wunderbare Sprache, die allerdings mit ihrem durch und durch modernen Empfinden seltzam kontrastiert, jedoch dem Ganzen einen eigenartigen Reiz verleiht. Das Stück ist unbeschreiblich arm an Handlung und dramatischem Leben. Die fälschliche Geisel Geruind erhält von Kaiser Karl die Freiheit, nach ihrem eigenen Ermessen zu leben. Und das junge Mädchen, das keusch und lieblich erscheint, ist nur Weib; ihr einziges brennendes Verlangen ist die Befriedigung ihrer Sinne. Sie zieht alles, was in ihre Nähe kommt, in ihren Mann. Auch Kaiser Karl, dessen Haupt bereits von süßernen Locken umrahmt ist, kann dem Zauber, der von Geruind ausstrahlt, sich nicht entziehen. In seinem alten Herzen lobert der schon halb verlorene Liebeskunge zu heller Glut auf. Der Kanzler, dies erkennend, vergiftet Geruind. In ihrer Wahn gibt Karl zum ersten Male seinen Gefühlen ergreifenden Ausdruck, um dann in dem Willen zur Erfüllung seiner Pflichten neue Belebung seiner alten Latzstrafe zu finden. Wie bereits gesagt: Hauptmann ist ein Dichter, und das Klingt aus jedem seiner Worte. Die Aufführung des Werkes an unserer Bühne vermochte nicht, alle Schönheiten voll und ganz auszuatmen. Herr Niemeyer, der den Kaiser Karl spielte, mangelte die Höhe und die Größe, die von diesem Herrscher ausgehen muß, wenn er die von dem Dichter beabsichtigte Wirkung erzielen will. Frl. Meg vermochte als Geruind nicht die Natur des ausschließlich von sinnlicher Begierde beherrschten Mädchens glaubhaft wiederzuspiegeln; dazu bedürfte es einer Frau Schroyh, die hier vor kurzen die Lulu im „Erdegeit“ spielte. Die übrigen Künstler waren — mehr oder minder bemüht, recht pathetisch zu sprechen, und da Klang manches, was auf den vollen Ton gestimmt sein sollte, hohl und leer. Nimmerhin verdient es Anerkennung, daß die Direktion des Stadtheater-Propositoriums dem hiesigen Publikum Gelegenheit gegeben hat, ein Werk kennen zu lernen, das weit über die moderne Dugendware hinausragt. Auf klingende Gegenleistung konnte sie von vornherein nicht rechnen.

P. L.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargemeinde und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel Paul Wolfig, für den gesamten übrigen Inhalt Johanna Estelina. Verleger: L. H. Schwanitz, Druck: F. J. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Vereine, Wandwerfer und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“

Sitz- und Liegewagen

mit Gummireifen, Büppensportwagen, Fußpumpe billig zu verl. Lauerer Lohberg 50.
Prima magnum bonum-ES- und Pflanzkartoffeln zu verkaufen.
Erntefrauenstraße 15.

Verkauften ein schwarzes Duhn. Vitre abzugeben
Lithomstraße 21.

Verloren Ende Jan. in der Gneisenaustr. ein Trauring, nebst J. Wulff, 24. Juni 1892. Gegen Belohnung abzugeben
Prinimstraße 22, I.

Gefunden ein Trauring, nebst Maria Reimers 15. 9. 07. Abzuholen Reiferstr. 27a, part.

Strick- und Näharbeit (Andergarberobe) wird gut u. billig angefertigt.
Fischergrube 20/3.

Louise Parbst, Ludwigstr. 11
Brot-, Butter-, Bier- und Brennmaterial- u. Kartoffelhandlung.

Eimerbier
jeden Mittwoch abend bis 9 Uhr.
Ed. Nickels, Wahnstraße 31.

Bestes Bratenschmalz
je Pfund 60 Pfg. 5 Proz. Rabatt.
Ad. Bartels.

E. BOY, Fischhandlung
Königsstr. 61, b. d. Fleischhauerstr. Telefon 116.
Marktballenstand 46.
Notungen Wfd. 50 Pfg., Cablian 25 Pfg., Seeohse 20 Pfg., Hamburger Stint, leb. Karpien, Sechte, Eschle.

Rasier- u. Frasier-Salon
Gute und saucere Bedienung.
Anton Dähn, Dankwartsgrube 63.
Schöner saftiger

Schweizerkäse
Pfund 70 Pfg.
Holländer Rahm Wfd. 80 Pfg. u. 1 Mt., Limburger 50 Pfg., Zister, Komatone, Camembert, Kräuterkäse zc. billigst.
Eine große Partie gute

geräucherte Würst
Pfund 80 und 90 Pfg.
Herbelawurst 1- und 1.50 Mt., Land- leberwurst 50 Pfg., Leberwurst, Brannschweiger und Preßkopf Wfd. 50 Pfg.

Pedder J. Behm
Fischergrube 33, Ecke Fünfhausen.

St. Gertrud-Fahrradhaus
Hraunstraße 12a.

Johs. Meier.
Dabe wieder einen Vollen
Fahrräder und Zubehörteile
für die bekannt billigen Preise abzugeben.
Vertretung von nur erstklassigen Fabriken.

Uhren
kaufen Sie am besten Johannisstrasse 15.
Frieda Mohrmann.

E. Lüdemann
Schuhwarenlager, Meierstraße 29
empfehl:
Konfirmanten-Stiefel billig, haltbar.
Herren-, Damen- und Kinder-Stiefel in jeder Preiskategorie.
Reparatur-Werkstatt. Rote Rabattmarken.

Abreisenden
ausbewahrt und nachgelandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer zc. im Lagerhaus u. Creditgeschäft. Fischergr. 52.

Ateller für Zahntechnik und Zahnpflege.
H. Schreiber, Steinstr. 24.

Wandhaus
A. Frankenthal
Lederstraße 1, I.

Reclam's Bibliothek
in Taschenformat.
à Bänden 20 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 16.

Louis Dellien Nachflgr.

Inh.: Adolf Heyde.

Wein, Spirituosen.

Destillation, Likörfabrik.

Rote Rabattmarken.

Fernsprecher 1515.

Große Burgstraße 39.

Kleinverkauf, geöffnet morgens 5 Uhr.

Achtung!

Zentral-Verband der Maurer!

Extra-

Mitglieder - Versammlung

am Mittwoch, den 1. April 1908

abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52

Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Kollegen erscheint in Massen.

Der Vorstand.

Tonhalle

Schmiedestraße 20. Schmiedestraße 20.

Soeben von Paris per Post direkt eingetroffen:

44 der neuesten Sachen.

Neu! 1. April. Neu!

A. N. Becker

Uhren u. Goldwaren

Holstenstrasse 32.

Eigene Reparaturwerkstatt für Uhren u. Goldwaren.

Billige offene Preise.

Geschäfts-Uebernahme.

Meinen verehrten Nachbarn, Freunden und Gönnern die ergebene Anzeige, daß ich mein

Kolonial-, Fettwaren- und Brotgeschäft

Karpfenstraße 27a

am heutigen Tage Herrn

Matthias Schmidt käuflich überlassen habe.

Indem ich für das mir langjährig bewiesene Wohlwollen und Vertrauen herzlichst danke, bitte ich, dasselbe auch auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Heinrich Hannemann.

Auf obiges bezugnehmend, gebe ich einem verehrten Publikum hiermit das Versprechen, für tadelloste Ware, prompte, zuvorkommende Bedienung besorgt zu sein und bitte um gütige Unterstützung meines Unternehmens.

Lübeck, den 2. Februar 1908.

Hochachtungsvoll

Matthias Schmidt.

Waldschule Lübeck-Beßloe.

Anmelde- und Auskunftstellen:

Lehrer Karl Groth, Große Burgstr. 82, I.

Frl. Gustävel, Lehrerin, Weberstr. 16.

Hauptlehrer Henschen, Schwartauer Allee 69.

Frl. Martha Rösing, Israelsdorfer Allee 18.

Volksvortrag

Donnerstag, den 2. April

abends 8 1/2 Uhr

im Konzerthaus Fünfhausen.

Schriftsteller P. Schirrmeyer-Derlin

spricht über

Licht und Luft

insbesondere über Einflüsse derselben auf Lunge und Haut; über Körperkultur, Weltwirkung zc.

Vorführung von

70 Lichtbildern

Dieser Vortrag ist besonders allen Turn- u. Sportvereinen zu empfehlen.

Eintritt 30 Pf. Mitglieder des Vereins für 'Gesund' itzpflege zahlen 10 Pfg.

Zentral-Verband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands.
(Bahlmer-Lübeck)

Mitglieder-

Versammlung

morgen Mittwoch, d. 1. April

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist dringend notwendig.

Der Vorstand.

Achtung!

Bauschlosser!

Versammlung

Heute Dienstag

abends 8 1/2 Uhr

bei Eggers, Stavenstraße 33.

Der Gesellenausschuß.

Hansa-Theater

16. April 1908:

Gastspiel des hier so beliebten

Berliner

Apollo-Ensembles

mit ihnen aufs glänzendste ausgestatteten

Operetten

von Paul Linke, Victor Holländer zc.

Zum 1. Male.

Neu für Lübeck!

Madettenstreiche.

Gr. Lustspiel-Operette in 3 Akten v. Volten-

Bäckers, Musik v. Victor Holländer.

Mitwirkende: 50 Personen.

Zum 3. Mal:

Der Blumen Erwachen.

Gr. Ballett, arrangiert von Ballettmeister

G. Ceruti.

Prima ballerina: Signorina Ripamonti

vom Scalatheater Mailand.

Solisten: Prerina Fidardy u. Marie Zimmermann.

Preise der Plätze:

Loge 3 Mk., Parterre 2 Mk., Sperrsitze

1.50 Mk., Parkett und Seiten-Parkett

1.25 Mk., Gallerie 1 Mk., Seiten-Gallerie

80 Pfg., Mittelbalkon 1 Mk., 1. Balkon

80 Pfg., 11. Balkon 60 Pfg., Galerie 40 Pfg.

Vorverkauf in Sagers Zigarrengeschäft.

Stadt-Theater.

(Provisorium)

Direktion: H. Piorkowski.

Mittwoch: Keine Vorstellung.

Donnerstag 2. April. 7 1/2 Uhr.

Zum 2. Male.

Gerhart Hauptmanns

Kaiser Karls Geisel.

Legendenstück in 4 Akten.

Freitag: Frühlingluft.

Sonnabend: Waise von Lowood.

Rede Bebels über die Ausweisungsschwach und die Schande des Dreiklassenwahlrechts.

(Schluß.)

Ich bin nun noch genötigt, unseren Antrag bezüglich des Wahlrechts zu begründen. Wir haben Ihnen den Antrag gestellt, daß in jedem deutschen Staate für die Volksvertretung das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht vom 20. Jahre an, und auch das Frauenstimmrecht, gelten soll. Es ist nun hier schon wiederholt die Frage der Kompetenz des Reichstages besprochen worden. Kompetent ist er ja nun jedenfalls, denn wenn die verbündeten Regierungen und der Reichstag in einer bestimmten Frage einig sind, die Kompetenz des Reiches zu erweitern, so stehen dem keinerlei Hindernisse entgegen. Wenn die Herren Agrarier, so lange ihre Wünsche bezüglich der Zollgesetzgebung noch unbefriedigt waren, fortgesetzt in den Landesvertretungen der Einzelstaaten gehorcht haben, um von dort aus die Reichsgesetzgebung zu beeinflussen, wenn weiter Graf Moltke im preussischen Herrenhause die Aufforderung erließ, man solle nötigenfalls mit Hilfe eines Staatsrechts das Reichstagswahlrecht beseitigen, — wenn derartige Versuche gemacht werden, in die Kompetenz des Reichstages einzugreifen, dann hat jedenfalls der Reichstag ein viel größeres Recht, das in ihm bestimmten Gesetzgebungsfragen in die Kompetenz der Einzelstaaten eingreift. (Sehr richtig! links.) Die Versuche, die kleinen und mittleren Staaten scharf zu machen, weil sie freibürgerliche Wahlrechte einführen wollten, sind bekannt. Wir sehen also, wenn die Interessen der Herren da drüben in Frage kommen, stoßen sie sich an keine Kompetenzkonflikte, dann entscheidet einfach die Machtfrage. Herr v. Oldenburg nicht mir zu. Was ich eben sagte, ist also keineswegs innerliche Überzeugung. (Heiterkeit.) Was sichert ihn Recht, was sichert ihn Gesetz, wenn es seine und seiner Klasse Interessen schädigt? Dann mag mit dem bestehenden Gesetz, weg mit dem bestehenden Recht und ein anderes Gesetz, ein anderes Recht her! Wenn ich an die erste Zeit des jungen Reiches zurückdenke, so dachte man damals vielfach ganz anders. Herr von Karborski ging damals sogar viel weiter als wir. Er wollte nicht bloß das allgemeine Wahlrecht für Preußen haben, er wollte auch die Wahlkreisinteilung gleich machen, es sollte die Legislaturperiode die gleiche sein usw. Auch waren es damals die Nationalliberalen, die sich für das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht aussprachen. (Zuruf: Freilich! Lang, lang ist's her!) Und wie reden Sie heute? In Ihrem letzten Wahlaufsatz zu den bevorstehenden preussischen Landtagswahlen heißt es: Die Reform des preussischen Landtagswahlrechts ist unaufschiebbar. Von der Einführung des Reichstagswahlrechts ist abzusehen. (Lebhaftes Hört, hört! bei den Sozialdemokraten und Heiterkeit.) Das ist also der Fortschritt, meine Herren. Nationalliberalen, den Sie seit vierzig Jahren gemacht haben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren! Ihnen gegenüber ist der Prinz Ludwig von Bayern der reine rote Demokrat, der Revolutionär, denn der Prinz ist dafür eingetreten, daß das allgemeine Stimmrecht für alle Bundesstaaten eingeführt werden sollte. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Man hat dann davon gesprochen, Deutschland sei ein Föderativstaat, da ginge es nicht an, daß man das gleiche Wahlrecht für alle Staaten einführt. Ja, meine Herren, der deutsche Föderativstaat ist im Grunde genommen eine große Lüge! Die ganze deutsche Reichsgesetzgebung ist preussische Macht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ohne Preußen keine Zustimmung zu irgend einem Gesetz. Schon 1867 führte ich aus, daß Föderativverhältnis bestehe darin, daß die Fürsten der Einzelstaaten nichts anderes seien als General-

gouverneure des Königs von Preußen. (Heiterkeit.) So ist es in Wahrheit bis heute geblieben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Nun sieht sich diese Vormacht Preußens nicht allein auf die Größe des Landes und auf die Zahl seiner Einwohner, sondern sie stützt sich ganz wesentlich auch darauf, daß dieser größte deutsche Bundesstaat auf Grund des Dreiklassenwahlrechts eine durch und durch reaktionäre Volksvertretung besitzt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb stehe ich nicht an zu sagen: Ich würde es für kein Unglück Deutschlands halten, wenn Preußen auf irgend eine Weise verschwinden würde. Ich bedaure nur, daß ich kein Mittel, und daß ich nicht die Macht dazu habe. Es kann nicht bestritten werden, daß der Haß und die feindselige Gesinnung, die leider in der Welt gegen Deutschland sich bemerkbar machen, in erster Linie durch Preußen hervorgerufen ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Widerspruch rechts.) Wir sind heute in Preußen in bezug auf das Wahlrecht noch genau so rückständig wie vor dem 18. März 1848, wenigstens die Arbeiterklasse genau so rechtlos. Die Arbeiterklasse hat nur einen Schein von Recht, nicht wirkliches Recht. Wenn die 15 Proz. Wähler der I. und II. Klasse zusammenstehen, so wählen sie allein die 433 Abgeordneten, und die Wähler der dritten Klasse, auch wenn sie allesamt zusammenstehen würden, können nicht einen Abgeordneten wählen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dies ist ein Zustand, der auf die Dauer unhaltbar ist, darüber kann doch wohl kein Zweifel bestehen. Aber, wenn es möglich war, daß im 90. Wahlbezirk in Berlin der Kommerzienrat Friedländer im Jahre 1903 der einzige war, der in der ersten Abteilung wählte, weil er eine Steuersumme von 216 274 M. zahlte und in der zweiten Klasse nur 6 Wähler vorhanden waren, weil der letzte von ihnen 18 624 M. Steuern zahlte, und der Rest der Wähler in der dritten Klasse wählte, dann kann man wohl sagen:

ein blödsinnigeres, abgeschmackteres, unsinnigeres Wahlsystem kann es nicht geben!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und angesichts eines solchen Zustandes erklärte der Reichskanzler am 10. Januar als Ministerpräsident für Preußen, daß es für die königliche Staatsregierung nach wie vor feststehe, daß die Übertragung des Reichstagswahlrechtes auf Preußen dem Staatswohler nicht entspreche! (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Ob diese Auffassung auf die Dauer festzuhalten sein wird, wollen wir abwarten. Es hat schon mancher gesagt: es wird nichts geändert, und er hat doch sehr bald ändern müssen, und wenn er nicht wollte, half man ihm mit Gewalt nach. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten; Rufe rechts: Aha!) Es war König Friedrich Wilhelm IV., der anfangs April 1847 vor dem vereinigten Provinziallandtage verkündete: Zwischen mich und meinem Herrgott im Himmel soll sich kein Stück Papier, Verfassung genannt, drängen. Und, meine Herren, kein Jahr war vergangen, da hatte Preußen das allgemeine Wahlrecht. Und so ist es schon manchmal in der Welt gegangen. Der Fortschritt der Menschheit marschiert, die Massen sind in Bewegung, und seien Sie versichert, die Massen werden nicht eher ruhen, als bis sie ihr ganzes volles Recht sich erobern haben, einerlei auf welche Weise. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten. Aha! rechts.) Die Massen haben zu Demonstrationen gegriffen. Das ist ihnen gewaltig übel genommen worden. Das war eine Art Majestätsverbrechen am preussischen Staat. Die Demonstrationen auf der Straße seien ja verboten und ein guter Staatsbürger dürfe Verbotenes nicht tun. Dabei haben wir lange genug mit diesen Demonstrationen gewartet. Wir haben in der Presse geschrieben, wir haben in Versammlungen gesprochen, wir haben Leitartikel, Broschüren, Resolutionen in Masse verfaßt. Da haben wir es endlich einmal die bekommen und uns gesagt:

Wir müssen einen anderen Weg einschlagen und wissen Sie, was wir mit den Demonstrationen wollten? Wir wollten die Aufmerksamkeit der Bevölkerung Preußens, Deutschlands, der Welt auf die elenden Zustände in Preußen lenken. (Stürmisches Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist uns über alles Erwarten in ausreichendem Maße gelungen. (Aha! rechts! Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Jetzt endlich weiß die Welt, was sie vorher nicht genügend wußte, was es mit Preußen, mit diesem angeblichen Kulturstaate für eine Bewandnis hat. Jetzt weiß sie, daß das geltende Wahlrecht die Schande und Schmach Preußens ist. Sind doch die Zustände in Preußen in bezug auf die Verfassung des Landes schlimmer als heute in Rußland. Die dritte Duma zählt noch 17 Arbeitervertreter, die sozialdemokratische Partei in Preußen, die weitest aus stärkste Partei, hat nicht einen einzigen Vertreter im preussischen Landtag. Kann es eine brutalere Gewalttat geben, als sie hier ausgeübt ist? (Sehr wahr! b. d. Soz.) M. P.! Wie in Preußen, so ist es in einer Reihe anderer deutscher Staaten. Mecklenburg hat gar kein verfassungsmäßiges Recht. Dort besteht überhaupt keine Möglichkeit zu wählen, keine Volksvertretung. In Sachsen und in einer ganzen Menge kleinerer Staaten ist es der Arbeiterklasse unmöglich, zu einer Vertretung zu gelangen. Nach allem diesem ist es selbstverständlich, daß die Geduld der Arbeiter zu reifen beginnt und meine Herren, ich sage Ihnen, Sie werden noch anderes erleben, als Sie bisher erlebt haben. (Hört, hört! rechts und b. d. Nationalliberalen.) Das allgemeine Wahlrecht entspricht nicht dem Staatswohl! sagen Sie. Es könnten ein paar Sozialdemokraten in den Landtag kommen, und das wäre doch ein ungeheures Unglück. Ich meine aber, was wäre denn dabei, wenn die preussische Sozialdemokratie im preussischen Landtage in der Tat 50, 60 Abgeordnete hätte? Wenn Sie kluge Leute wären, so sollten Sie dies in Ihrem eigenen Interesse zulassen. Es würde den Glauben an die Möglichkeit einer ruhigen und gesetzmäßigen Entwicklung des Staates stützen, in dem Maße aber, wie Sie dem Volke dieses Recht verweigern, muß notwendigerweise die Erbitterung und Empörung über solche Zustände immer mehr wachsen, und die Folgen werden alsdann auf Ihr Haupt kommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Als 1870 das Volk in seiner ungeheuren Mehrheit für den Krieg gegen Frankreich eintrat, als Begeisterung und Opferwilligkeit überall sich bemerkbar machten, hat, geführt über diese Erscheinung, der spätere Kaiser Wilhelm unter dem 25. Juni 1870 verkündet, er hoffe, daß der Krieg Deutschland dauernden Frieden bringen und daß aus der blutigen Saat einer von Gott gesegneten Erde deutsche Freiheit und Einigkeit sprießen werde. Damals proklamierte der König als Bundespräsident die Freiheit. Kaum aber war der Friede geschlossen, da kam der Kulturkampf und die Ausnahmegerichte gegen das Zentrum, 1874 die Einschränkung der Koalitionsfreiheit, 1878 das Sozialistengesetz, 1894 Umstrukturvorlage, 1899 die Zuchtstrafvorlage, dann das famose Gesetz über Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und neuerdings der Entwurf über die Arbeitskammern.

Das war der Dank!

(Unruhe rechts. Sehr wahr! bei den Sozialdem.) Wir verlangen also die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für alle Staaten. Wir verlangen sogar das Wahlrecht vom 20. Lebensjahre an. In dieser Forderung sind wir erst recht durch den berühmten Brief des Reichskanzlers an den Reichsländerverband bestärkt worden, worin er die deutschen Arbeiter die gebildeten der Welt nennt; diesen muß man doch wohl mindestens dieselben Rechte einräumen, welche die Arbeiter anderer Länder bereits haben. (Heiterkeit.) So in der Schweiz, in Ungarn, Bulgarien, Serbien, Rumänien, Griechenland, Frankreich, den Vereinigten Staaten. Auch in Sachsen beginnt das Gemeindevahlrecht in Orten unter 4000 Einwohnern mit dem 21. Lebens-

Colomba.

Novelle von Prosper Mérimée.

(2. Fortsetzung.)

Colomba hatte, bald nachdem Orso fortgeritten war, durch ihre Kundschafter erfahren, daß die Barricini ihm am Wege aufstauerten. Von diesem Augenblicke an war sie eine Deute der peinlichsten Unruhe. Kastlos sah man sie im Hause umherwandern; von der Küche in die zur Aufnahme für die Gäste bestimmten Zimmer. Sie war in steter Geschäftigkeit, ohne doch etwas zustande zu bringen; alle Augenblicke sah sie wieder unterbrechend, eilte sie bald ans Fenster oder an die Tür, um zu sehen, ob im Dorfe nicht irgend eine ungewöhnliche Bewegung zu bemerken sei. Gegen elf Uhr sah man wirklich eine Gesellschaft von mehreren Personen zu Pferde in Pietranera einziehen. Es waren der Oberst und seine Tochter, mit ihrer Dienerschaft und ihrem Führer. Gleich beim Empfang war das erste Wort, welches Colomba an ihre Gäste richtete: „Haben Sie meinen Bruder nicht gesehen?“ Dann wandte sie sich an den Führer und fragte, auf welchem Wege sie gekommen und um welche Stunde sie aufgebrochen seien; nach der erhaltenen Antwort war es ihr unerklärlich, daß die Gesellschaft ihrem Bruder nicht begegnet war. „Wahrscheinlich ist Gues Bruder über die Höhe geritten,“ sagte der Führer; wir sind durch den Talweg gekommen.“ Aber Colomba schüttelte den Kopf und begann von neuem mit ihren Fragen. Trotz ihrer angeborenen Seelenstärke, welche noch durch den Stolz vor Fremden keine Schwachheit bilden zu lassen, unterstützt wurde, war es ihr dennoch unmöglich, ihre Unruhe zu verbergen; auch dauerte es nicht lange, daß sie dieselbe auf den Obersten und besonders auf Mitz Lybia übertragen hatte. Nachdem sie ihren Gästen von dem Versuchungsversuch und dessen unglücklichem Ausgang erzählt hatte, verlangte Mitz Nevil in ihrer Aufregung, daß nach allen Richtungen hin Boten ausgesandt werden sollten, und ihr Vater selbst wollte wieder zu Pferde steigen, um mit dem Führer nach Orso zu suchen. Die ängstliche Unruhe der Freunde mahnte Colomba an die Pflichten, welche sie als Vertreterin des Hauses zu erfüllen hatte. Sie bemühte sich zu lächeln und

nötigte den Obersten sich zu Tische zu setzen; für das Ausbleiben ihres Bruders wußte sie tausenderlei natürliche Erklärungen zu erfinden, die sie aber alle im nächsten Augenblicke selbst wieder zerstörte. Auch der Oberst, der es als Mann für seine Pflicht hielt, einen Versuch zu machen die Frauen zu beruhigen, rückte mit einem Erklärungsgrunde herans. „Ich wette“, sagte er, „daß della Rebbia unterwegs Wild aufgetrieben hat; da wir's ihm unmöglich gewesen sein, der Versuchung zu widerstehen, und wir werden ihn mit übervoller Jagdtasche heimkehren sehen. Ja, freilich!“ sagte er hinzu, „wir hörten ja auf dem Wege hierher vier Gewehrschläge fallen. Zwei davon waren stärker, als die beiden anderen, und ich sagte schon zu meiner Tochter: „Ich wette, della Rebbia muß hier in der Nähe auf der Jagd sein; nur mein Gewehr kann solchen Lärm machen.“ Colomba erblanste, und Mitz Lybia, welche sie aufmerksam beobachtete, erriet ohne weiteres die Befürchtungen, welche durch die Vermutung des Obersten in ihr erregt waren. Nach einem Schweigen, das mehrere Minuten dauerte, hatte Colomba sich so weit gefammelt, daß es ihr wieder möglich wurde zu sprechen und sie erkundigte sich eifrig, ob die beiden starken Schüsse den anderen vorausgegangen oder gefolgt seien. Aber weder der Oberst und seine Tochter, noch der Führer hatten diesen wichtigen Punkt beachtet. Als gegen ein Uhr keiner der von ihr ausgesandten Boten zurückgekehrt war, sagte Colomba ihren ganzen Mut zusammen und nötigte ihre Gäste, sich zum Mahle nieder zu setzen. Aber, den Obersten ausgenommen, war niemand imstande, auch nur einen Bissen zu berühren. Bei dem geringsten Geräusch, das vom Mahle her gehört wurde, eilte Colomba an das Fenster und lehrte dann traurig an den Tisch zurück, nach trauriger aber war es anzusehen, wie sie sich bemühte mit ihren Freunden irgend eine nichtsagende Unterhaltung zu führen, die immer wieder von langen Pausen des Schweigens unterbrochen wurde, und für die niemand der daran Beteiligten das geringste Interesse hatte. Plötzlich hörte man den Hufschlag eines Pferdes, das im Galopp herankam. „Ja! das muß mein Bruder sein,“ sagte Colomba, indem sie aufsprang und an das Fenster eilte. Aber als sie nur die kleine Chilina erblickte, die rittlings auf Orsos Pferde saß, ließ sie mit einem herz-

zerreißenden Schrei die Worte heraus: „Mein Bruder ist tot!“ Den Händen des Obersten entglitt das Glas, Mitz Nevil entfuhr ebenfalls ein Schrei, und alle eilten an die Haustür. Bevor noch Chilina von ihrem Tiere herabspringen konnte, hatte Colomba sie schon, als ob sie nur eine Feder sei, von dem Sattel gehoben und hielt sie bis zum Ersticken fest in ihre Arme gedrückt. Das Kind verlor die furchtbare Frage in ihren finsternen Blicken, und das erste Wort, das es sprach, war das des Chors im Othello: „Er lebt!“ Colomba ließ nach in ihrer frampfhaften Umschlungung, und Chilina glitt mit der Geschwindigkeit einer jungen Kage auf den Boden. „Und die anderen?“ fragte Colomba mit heiser gedämpfter Stimme. Chilina machte mit dem Zeige- und dem Mittelfinger das Zeichen des Kreuzes. Augenblicklich veränderte sich die tödliche Mäße auf Colombas Gesicht in ein flammendes Rot. Sie warf einen triumphierenden Blick auf das Haus der Barricini und wandte sich lächelnd zu ihren Gästen: „Lassen Sie uns wieder hineingehen, um den Kaffee zu trinken.“ Die kleine Banditen-Votin mußte lange und viel erzählen. Aus ihrem Dialekt wurde das Erzählte von Colomba in reines Italienisch übersetzt, und Mitz Nevil übertrug es wiederum ins Englische, so daß während des Besuchs dem Obersten wiederholt ein Fluch und seiner Tochter mancher Seufzer entfuhr. Colomba aber hörte mit großer Gelassenheit zu und dachte nur ihre Damastserviette so viel zwischen den Fingern herum, als ob sie dieselbe zerreißen wollte. Verschiedene Male unterbrach sie das Kind, um sich von ihm wiederholen zu lassen, daß Brandolaccio gesagt habe, die Wunde sei nicht gefährlich, und daß er viel schlimmere gesehen habe. Chilina erzählte, daß Orso dringend Papier zum Schreiben verlangt habe, und daß er seine Schwester ersuchen lasse, eine Dame, welche sich vielleicht jetzt in ihrem Hause befinden würde, zu bitten, doch ja nicht eher fortzugehen, als bis sie einen Brief von ihm erhalten habe. „Dies,“ fügte das Kind hinzu, „war seine größte Sorge; ich war schon auf dem Wege, als er mir noch einmal nachrief, mir diesen Auftrag ganz besonders einzuschärfen. Es war schon zum dritten Male, daß er ihn mir gab.“ Als Colomba von dieser dringlichen Forderung ihres Bruders hörte, überflog ein Rächeln ihre Lippen.

Jahre, diese Form wurde gewählt, um in den größeren Orten die Sozialdemokratie von der Gemeindevertretung auszuschließen. Auch in Bayern war bis zur neuen Wahlreform das 21. Lebensjahr das Wahlrechtalter, ohne daß irgend welche Schäden daraus entstanden sind. Wenn wir nun auch das Frauenwahlrecht fordern, so verlangen wir damit auch nichts Unmögliches. Wir sind ja gar nicht der Staat, der in der Welt vorangeht, sondern immer der, der in der Welt hinten drein geht. Genauso — das habe ich schon neulich angeführt — haben Sie auch den Frauen das Vereins- und Versammlungsrecht verweigert. Noch vor zehn Jahren war ein hervorragender Redner des Zentrums bereit, den Frauen das Vereins- und Versammlungsrecht nur insoweit einzuräumen, daß sie ihre materiellen Interessen als Arbeiterinnen wahrnehmen, also Gewerkschaften bilden konnten. Im Jahre des Heils 1907 haben wir aber erlebt, daß sogar die verbündeten Regierungen einen Gesetzentwurf einbrachten, der den Frauen das uneingeschränkte Vereins- und Versammlungsrecht bringen soll. Meine Herren, dem Vereins- und Versammlungsrecht der Frauen folgt, wie dem A das B im ABC, das Stimrecht der Frauen! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Haben Sie den Frauen einmal das Vereins- und Versammlungsrecht eingeräumt, können Sie ihnen das Stimrecht nicht mehr verweigern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie sehen, daß heute überall — nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Kulturwelt — die Frauen sich zum Kampfe um das Wahlrecht anschicken. Ich erinnere an die etwas eigentümlichen Kämpfe, die die englischen Frauen in London und anderwärts in England um das Parlamentswahlrecht durchführten. Haben nicht die Frauen das gleiche Interesse wie die Männer an der Entwicklung des Staatslebens, haben sie nicht das gleiche Interesse am Arbeiterschutz, an der Gewerbeaufsicht, an der Versicherungsgeheimgebung, an der Zoll- und Handelspolitik, an der Volkserziehung, dem Volksgesundheitswesen, der Armen- und Waisenspflege, der Steuergeheimgebung, dem bürgerlichen Recht und noch vielem anderen? Das alles geht die Frauen genau so an wie die Männer, und es ist daher auf die Dauer unmöglich, ihnen das Wahlrecht zu verweigern. Wir wissen, meine Herren, daß wir heute in diesem Punkte bei Ihnen noch tauben Ohren predigen; wir wissen, daß Sie nicht gewillt sind auf diese Reformen einzugehen. Aber die Welt ist rund, sie dreht sich, und was heute oben ist, ist morgen unten. (Heiterkeit.) Und so werden wir es erleben, daß alle unsere Forderungen, wenn auch gegen Ihren Willen von heute durchgeführt werden! Soll es wahr werden, daß Deutschland in der Welt vorangeht, dann, meine Herren, müssen Sie ohne Zögern unsere Anträge annehmen! (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Soziales und Parteilieben.

Der sechste Kongress der Gewerkschaften Deutschlands findet am Montag, 22. Juni 1908 in Hamburg im Gewerkschaftshause statt. Als Tagesordnung ist vorläufig vorgelassen: 1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten (Wahl der Kommissionen, Prüfung der Mandate usw.). 2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission. Berichterstatter: C. Legien = Berlin. Beratung der Anträge betreffend: a) Allgemeine Agitation; b) Arbeiterinnen-Sekretariat. Berichterstatterin: J. Altmann = Berlin; c) Agitation unter den Diensthöfen. Berichterstatterin: S. Grünberg = Nürnberg; d) Agitation unter den fremdsprachlichen Arbeitern; e) Streikunterstützung und Streikstatistik; f) Seimarbeiter-schutz; g) Kommission zur Beschäftigung des Kost- und Logis-zwanges beim Arbeitgeber. Berichterstatter: P. Blum = Berlin; h) „Correspondenzblatt“. 3. Bericht über das Zentral-Arbeitersekretariat. Berichterstatter: R. Schmidt = Berlin. 4. Die Vertretung der Rechtsuchenden durch die Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre vor den Gerichten. Bericht-erstattet: E. Lejbe = Hamburg. 5. Die staatliche Versicherung der Privatangestellten. Referent: A. Lange = Hamburg. 6. Der Vorkont als gewerkschaftliches Kampfmittel. Referent: O. Altmann = Hamburg. 7. Grenzstreitigkeiten. 8. Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge. 9. Die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland. Referent: S. Mollenhuth = Berlin. Anträge zur Tagesordnung, oder solche, welche auf die vorstehend genannten Tages-ordnungspunkte Bezug haben, sind bis zum 11. Mai 1908 an

die Generalkommission einzusenden. Sämtliche bis dahin in eingereichte Anträge werden im „Correspondenzblatt“ veröffentlicht, damit sie in den Gewerkschaften diskutiert werden können.

Die Münchener Holzarbeiter nahmen am Dienstag in einer von 4000 Mann besuchten Versammlung Stellung zur Lohnstarifrage. Folgende, von einer Vertrauens-männerkongress vorgeschlagene Resolution fand einstimmige Annahme: „Die Grundfrage jeden weiteren Vertrages bildet die nach jahrelangen Kämpfen 1906 vereinbarte und bisher gültige Arbeits- und Werkstätteordnung für das Schreinerhandwerk Münchens. Eine Vertragsdauer von nur zwei Jahren wird entschieden abgelehnt. Dagegen wird die Lohnkommission ermächtigt, die geforderte Lohnhöhung auf der Grundlage einer vierjährigen Tarifdauer zu vereinbaren. Des ferneren protestieren die versammelten Holzarbeiter mit aller Entschiedenheit gegen den von Vertretern der Meisterschaft erhobenen und jeder berechtigten Grundlage entbehrenden Vorwurf der absichtlichen Minderung der Arbeitsleistung. Die Holzarbeiter waren jederzeit bestrebt, gemäß den getroffenen Vereinbarungen zu handeln und die ihnen obliegenden Pflichten getreulich zu erfüllen.“

Der Erweiterungsbau des Berliner Gewerkschaftshauses ist vollendet und wird jetzt von den Gewerkschaften bezogen. Einfach und solide wie das alte Haus, ist auch der Neubau ausgeführt. Er ist nur zur Aufnahme von Bureau bestimmt und bietet für diesen Zweck ebensoviel Raum, wie das alte Gebäude. Die neuen Räume sind bereits vollständig besetzt, teils durch Gewerkschaften, denen es infolge ihres erfreulichen Wachstums im alten Hause zu eng geworden ist, teils durch solche, deren Bureau bisher außerhalb des Gewerkschaftshauses lagen. Durchgehende Korridore in allen Stockwerken verbinden das alte Gebäude mit dem neuen zu einem einheitlichen Ganzen. In die Partieräume des Neubaus ist der Holzarbeiterverband aus dem alten Hause übergesiedelt. Der Gauverein Berlin des Buchdruckerverbandes, dessen Bureau sich seit langer Zeit in der Ritterstraße befand, hat das ganze erste Stockwerk im neuen Teil des Gewerkschaftshauses gemietet und wird es nach einigen Monaten beziehen. In den Räumen der anderen Stockwerke haben sich verschiedene Gewerkschaften niedergelassen. In den Kellerräumen des Neubaus sind zwei gute Kegelbahnen eingerichtet als Ersatz für die Kegelbahnen im alten Hause, die schon seit längerer Zeit zu Sitzungszimmern benutzt worden sind. Durch den Erweiterungsbau ist das Gewerkschaftshaus, soweit es sich um die Bureauräume handelt, auf das Doppelte seiner bisherigen Größe ausgedehnt worden und doch reicht das vergrößerte Haus nur eben aus, um den gegenwärtigen Anforderungen der Gewerkschaften zu genügen. Nach einigen Jahren werden voraussichtlich die Gewerkschaften soweit gewachsen sein, daß ihnen auch das neue Heim zu eng wird. So wachsen die Organisationen der Arbeiter zu immer größerer Ausdehnung und Macht empor, ein sicheres Bollwerk bildend gegen den Kultur des Unternehmertums und eine starke Position zur Wahrung der Arbeiterinteressen.

Das Ende des Gutenberghundes, der christlichen Zersplitterungsorganisation im Buchdruckgewerbe, scheint nahe bevorzustehen. In Berlin hatten sich vor einigen Tagen auf die Einladung mehrerer früherer Mitglieder des Bundes ungefähr achtzig Bündler eingefunden, unter ihnen auch der ganze Vorstandsstab. Es wurde den Erscheinenden die Nutzlosigkeit des Bundes vor Augen geführt; er schmelze immer mehr zusammen, heute habe er von den früheren 4000 Mitgliedern kaum noch 2500. Besonders wurde darauf hingewiesen, daß der Bund die Einigung, die ihm vom Verbandsangeboten wurde, aus schmüder Selbstsucht stets zurückgewiesen habe, daß die meisten Mitglieder leider zu wenig Rückgrat zeigten, sich von fünf bis sechs Personen alles bieten lassen und daß der Zweck des Bundes heute noch derselbe sei wie bei seiner Gründung: Gegen den Verband eine Schutztruppe für das Unternehmertum. Den Eindruck, den diese Ausführungen auf die anwesenden Bündler und ihre Begleiter machten, suchte Herr Hoffmann, der Leiter des Bundes, dadurch abzuschwächen, daß er sich in Ausfällen auf die Übergetretenen, den Verband und die Sozialdemokratie erging und unter dem Schutze seiner Begleiter die Sitzung zu stören suchte. Dadurch dürften auch die Bündler eingesehen haben, daß in Gegenwart solcher Helden eine sachliche Diskussion unmöglich ist und daß sie ihre Aufklärungsarbeit in anderer Weise zu verrichten haben, wenn sie Erfolge verzeichnen wollen. Dies wird ihnen um so leichter werden, wenn sie ihre Mitkollegen auf das Entgegenkommen des Verbandes bei ihrem Übertritt, vor allem aber auf die moderne Arbeiterbewegung hinweisen, die im Gegensatz zu der christlichen für politische und ökonomische Rechte und

Freiheiten ihre ganze Kraft zur Geltung bringt. Von achtzig Mann, die der Versammlung beizuhören, sind nach dem Bericht des Vorwärts etwa vierzig wiederum dem Verbands begetreten; die Kapuzinade des Herrn Hoffmann ist also doch nicht ohne Wirkung geblieben.

Sozialistischer Wettbewerb auf dem Lande. Am 19. Januar trat in Sachwitz in einer Versammlung einige junge Genossen aus Sachwitz und Gniechowitz dem Sozialdemokratischen Verein für Breslau-Land als Mitglieder bei. Kurze Zeit darauf wurden sie zu den betreffenden Amts-vorstehern geladen, wo sie nach ihren Geburtsdaten gefragt wurden! Sehr übel erging es dabei einem jungen Genossen aus Gniechowitz. Der dortige Herr Amtsvorsteher ließ ihn wissen, daß er sich eines „groben Vergehens schuldig gemacht“ habe, indem er als erster aus dem Dorfe der Sozialdemokratie beigetreten sei! Das „könne auf keinen Fall so bleiben, das müsse er wieder ändern. Auch der Gerichtsschreiber und Polizeimeister Bartisch war derselben komischen Meinung. Der Genosse sei nun ein „schlechter Mensch geworden“, denn man müsse sich schämen, der sozialdemokratischen Partei anzugehören. Schließlich begann auch der Gendarmerie als drittes Glied des örtlichen Dreibundes mit Vorhaltungen und zuletzt kam zum Nachtrab der Gutsbesitzer an die Reihe, bei dem die Eltern des Genossen wohnten. Dieser erklärte rund heraus, daß die Eltern fort müßten, wenn der Sohn nicht aus dem Sozialdemokratischen Verein wieder austrete! Das wirkte; um seine armen Eltern nicht auf die Straße setzen zu lassen, trat der Sohn auch wirklich aus dem Verein wieder aus.

Sie wollen sich nicht blamieren. Der Soldatenverein in Günzburg (Schwaben) hat einen Sozialdemokraten aus seinen Reihen ausgeschlossen mit folgender Begründung: In der Zeitung hat gestanden, daß die Sozialdemokraten bei einem Kaiserhoch den Saal verlassen oder sitzen bleiben. Das wäre eine Blamage für den Verein und deshalb fort mit dem Sozi!

Der unglücklichen Geschäftslage wegen beschlossen die Stuttgarter Gewerkschaften, am 1. Mai von dem Umzug abzusehen. — Diese Begründung berührt uns recht eigenartig!

Wieder eine Reichsverbandsbülge geplant. Vor Jahresfrist brachte die Reichsverbandspresse eine Notiz aus Gera, wonach die Vereinsbrauerei Gera mit der sozialdemokratischen Parteileitung ein Abkommen getroffen habe, nach dem die Brauerei für jeden Hektoliter Bier, der die Konsumtionsziffer von 14000 Hektoliter übersteigt, je 2 Mk. in die Parteikasse zu zahlen sich bereit erklärt habe. Als Äquivalent sollte sich die Partei verpflichten haben, dafür zu sorgen, daß in den Fabrikantinnen nur Vereinsbier verzapft wird. Die Vereinsbrauerei strengte gegen die Schwindelnotiz des Reichsverbandsverbandes Privatklage an, und ermittelte den Reichssteller Schott in Langenberg bei Gera, eine bekannte Reichsverbandsgröße, als den Verfasser. In dem Prozesse wurden eine große Zahl Zeugen vernommen. Die Auslagen führten zu dem Ergebnis, daß Schott mit der Brauerei einen Vergleich abschloß, nachdem er seine Behauptungen als unwahr zur Kenntnis nahm und sämtliche in dem Prozesse erwachsenen Kosten trägt. Natürlich wird die Reichsverbandspresse ihre Schwindelnotiz nicht widerrufen, denn soviel Anstand besitzt die und ihre Revue nicht. Hätte der Schott aber nicht tief in den Geldbeutel gegriffen, dann wäre seine Verurteilung wegen Verleumdung sicher gewesen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, den 30. März 1908.
184. Sitzung. Vormittags 11 Uhr.
Im Bundesratsstich: Sydow.
Der Präsident des Senats von Hamburg hat seinen Dank für die Beileidkundgebungen anlässlich des Todes des Bürgermeisters Mönckeberg ausgesprochen.
Die dritte Beratung des Reichshaushalts-etats wird fortgesetzt. Zunächst zur Debatte steht der Militäretat.
Liebermann v. Sonnenberg (Wirtsch. Bg.) befragt einen Antrag der Rechten, im Kriegsmaterialium anstatt 48 Offiziere in der Stellung als vortragende Räte 49 und anstatt 87 Stabsoffiziere 88 zu bewilligen. Es handle sich hier darum, einen Irrtum der Budgetkommission zu berichtigen.
Generalleutnant Sixt v. Armin bittet um Annahme des Antrags.
Erzberger (Z.) beantragt namentliche Abstimmung über den Antrag Liebermann.

und der in Tränen zerfließenden Engländerin, welche es überflüssig fand, ihrem Vater auch diesen letzten Teil des Berichtes zu überlegen, gab sie einen kräftigen Händedruck.
„Nicht wahr, teure Freundin, Sie werden bei mir bleiben und uns besuchen,“ sagte sie und schloß Miss Nevil zärtlich in ihre Arme.
Darauf nahm sie aus einem Schrank eine Menge alter Leinwand heraus und begann dieselbe zu zerschneiden, um Verbände und Charpie daraus zu machen. Wenn man ihre leuchtenden Augen, die feberhafte Röte ihres Gesichtes und in ihren Zügen den rasch wechselnden Ausdruck von sorgenvoller Bekümmernis mit kalblütiger Gelassenheit betrachtete, dann wäre es schwer zu entscheiden gewesen, welche Empfindung bei ihr die vorherrschende war: die Betrübniß über ihres Bruders Verwundung oder die Freude über den Tod seiner Feinde. Sie zeigte sich raschlos geschäftig, schenkte bald dem Obersten eine Tasse Kaffee ein und prüfte seine Geschäftigkeit in der Bereitung desselben; bald wieder verteilte sie Leinwand an Miss Nevil und Chilina und zeigte ihnen dabei, wie sie die Binden nähen und auswollkn müßten. Wenigstens zum zwanzigstenmal erkundigte sie sich bei Chilina, ob Orso auch viel an seiner Wunde leiden müsse, und während der Arbeit unterbrach sie sich unaufhörlich, um den Obersten immer wieder mit besonderem Nachdruck darauf aufmerksam zu machen: „Zwei gegen einen! — Zwei so gewandte und kräftige junge Männer, und er allein und noch dazu verwundet! — nur einen Arm gebrauchen zu können und sie alle beide niederzutreten. Welch ein Mord! — Herr Oberst, heißt das nicht ein Held sein? Ah, Miss Nevil, wie glücklich muß man sich in einem Lande fühlen, wo das Leben so friedlich ist, wie in dem Ihrigen! — Ich bin überzeugt, Sie kennen meinen Bruder noch nicht recht!“
„Ich hätte es ja gesagt: aufschweben wird der Sperber mit solchem Flügelgeschlage!“ — Sie ließen sich lässig durch seine sanfte Miene — — — freilich in Ihrer Gesellschaft mußte er — — — Ah! wenn er es jetzt sehen könnte, wie Sie für ihn arbeiten — — — der arme Orso!“
Miss Lydia brachte fast nichts zustande und wußte auch kein Wort mehr zu sagen. Ihr Vater fragte, warum man sich nicht beeile, eine Anzeige bei der Trippolizei zu machen; auch sprach er von einer Untersuchung durch den „Coroner“ und von vielen anderen Dingen, die auf Korilla alle gleich unbekannt waren. Schließlich wünschte er zu wissen, ob das Landhaus dieses guten Herrn Brandes, der dem Verwundeten zu Hilfe geriet und ihn bei

sich aufgenommen habe, sehr weit von Pietranera entfernt sei, und ob er nicht dahin gehen könne, seinen Freund zu besuchen.
Colomba antwortete auf alle diese Fragen mit ihrer gewohnten Ruhe, daß Orso im Walde sei, wo er von einem Banditen gepflegt werde, daß es sehr gefährlich für ihn sein würde, sich blicken zu lassen, bevor man nicht über die günstige Geminnung des Präfekten und der Richter im klaren sei; daß sie ferner nicht ruhen werde, bis sie einen geschickten Wundarzt bereitet habe, sich im geheimen zu dem Verwundeten hinaus zu begeben. „Vor allem, Herr Oberst,“ ermahnte sie diesen, „behalten Sie es nur ja genau im Gedächtnis, daß Sie die vier Flintenschüsse gehört haben, und daß Sie mir sagten, Orso habe die beiden letzten abgefeuert.“ Der Oberst wußte sich nach seinen Begriffen die Sache gar nicht recht zu erklären, und seine Tochter war nur mit ihren Tränen beschäftigt, und mußte sich immer wieder die Augen trocken.
Es war schon ziemlich hoch am Tage, da sah man einen Trauerzug in das Dorf einziehen. Dem Advokaten Barricini wurden die Leichen seiner beiden Kinder ins Haus gebracht. Jeder der beiden Toten war über den Rücken eines Maultieres gelegt, das von einem Bauern geführt wurde. Eine Menge von Anhängern und viele andere müßige Personen folgten dem düsteren Zuge. Unter ihnen erklärte man auch die Gendarmen, welche überall zu erscheinen pflegen, wenn es zu spät ist. Der Amtsgeldhilfe des Maire, der bei dieser Gelegenheit natürlich nicht fehlte, warf die Arme zum Himmel empor und hörte nicht auf, immer wieder in den Ruf auszubringen: „Was wird der Herr Präfekt dazu sagen!“ Einige von den Weibern, darunter die Amme Orlanduccio, rauchten sich die Haare und stießen ein wildes Jammergeschrei aus. Aber ihre lärmenden Beiflagen machten einen lange nicht so ergreifenden Eindruck, als die stumme Verzweiflung eines alten Mannes, auf den die Blicke aller gerichtet waren. Der unglückliche Vater war es, der zwischen den blutigen Körpern seiner beiden Söhne hin und wieder eiland, ihre mit Erde beschnittenen Köpfe aufhob, ihnen die bläulichen Lippen küßte und die erstarrten Glieder küßte, als ob er sie hätte schützen wollen gegen die Stöße der holperigen Straße. Bisweilen sah man ihn den Mund öffnen, wie um etwas zu sagen, aber nicht ein Wort, nicht ein Laut kam über seine Lippen. Seine Augen hingen unverwandt an den toten Körpern seiner Kinder; er stolperte über die Steine, er stieß gegen die Bäume an und gegen alles, was ihm in den Weg kam. Die Beiflagen der Weiber, die Verwünschungen der

Männer verdoppelten sich, je mehr man sich dem Hause Orso näherte. Als einige Hirten, die zu den Rebblatzen gehörten, Rufe des Triumphs laut werden ließen, war die Entrüstung der Gegner nicht länger zu bändigen. „Rache! Rache!“ ertönte es unter der Menge. Steine wurden geschleudert, und zwei Flintenschüsse, welche gegen die Fenster des Salons, worin Colomba mit ihren Gästen saß, abgefeuert wurden, schlugen außen in die Blendfenster ein, daß die Holzsplitter bis auf den Tisch flogen, woran die beiden Frauen saßen. Miss Lydia schrie vor Entsetzen laut auf, der Oberst griff nach einem Gewehr, und Colomba stürzte, noch ehe er sie zurückhalten konnte, fort nach der Haustür und riß sie mit Ungestüm auf. Dort auf der hohen Schwelle blieb sie hoch aufgerichtet stehen und streckte die Hände wie zum Fluch gegen ihre Feinde aus.
„Glende Feiglinge!“ rief sie, „die ihr auf Frauen und Fremde zu schießen wagt. Seid ihr Korven? Seid ihr Männer? Heilmittliche Ruten! die ihr euere Opfer nur hintertrübs zu überfallen wißt, kommt heran! Ich fordere euch heraus. Seht, ich bin allein, mein Bruder ist weit von hier. Tötet mich, tötet meine Gäste; das ist euer Würdiger. Ihr wagt es nicht einmal, glende Weibchen, die ihr seid! Ihr fürchtet unsere Rache.“ „Geht; vergießt euere Tränen nach Weiber Art, und dankt es uns, daß wir nicht noch mehr Blut von euch fordern.“
Colomba hatte in Stimme und Haltung etwas so Gebietendes und Schreckenerregendes, daß die Menge vor ihrem Anblick entsetzt zurückwich. Sie erinnerte in ihrer Erscheinung an eine jener unheilbringenden Feen, wovon man sich auf Korsika an den langen Winterabenden manche schauerliche Geschichte zu erzählen weiß. Der Amtsgeldhilfe, die Gendarmen und einige von den Frauen benutzten die unter der Menge entstehende Bewegung, sich zwischen die beiden Parteien zu werfen. Es schien hohe Zeit den Ausbrüchen feindseliger Entrüstung Einhalt zu tun, denn schon legten die Hirten der della Rebbia ihre Flinten in Bereitschaft, und einen Augenblick lag die Befürchtung nahe, daß es auf dem Plage zu einem ernstlichen Handgemenge kommen würde. Aber die beiden Parteien waren ihrer Häupter beraubt und die Korven, welche daran gewöhnt sind selbst bei ihren heftigsten Aufständen eine gewisse Ordnung zu beobachten, ließen sich während der Abwesenheit der Hauptverheber ihrer inneren Händel selten in einen Kampf ein. Auch Colomba, der mit dem Erfolg die Besonnenheit zurückgekehrt war, hielt es für besser ihre kleine Besatzung zur Ruhe zu ermahnen.
(Fortsetzung folgt.)

Schaffsleiter E. D. erklärt, daß die verhandelten Resolutionsentwürfe mit dem Antrag einverstanden sind. Prääsident Graf Stolberg schlägt vor, die namentliche Abstimmung über den Antrag Liebermann erst dann vorzunehmen, wenn der Titel „Kriegsministerium“ erledigt sei. Singer (SD.) bittet, die Abstimmung erst nach einigen Stunden vorzunehmen, da das Haus jetzt noch schwach besetzt sei. Erzberger (Z.) zieht nun den Antrag auf namentliche Abstimmung zurück. Dr. Baasche (N.) schließt sich der Meinung des Abg. Erzberger an, daß die Pensionierung des Grafen Lynar dem Militärpensionsgesetz nicht entspreche. Bezüglich der Beförderung für die Kruppe hat auch die nationalliberale Partei stets den Standpunkt vertreten, daß Monopole nicht geschaffen werden dürfen. Im Dezember vorigen Jahres habe ich dem Herrn Kriegsminister vorgeworfen, es sei nicht genügend informiert gewesen, in den Klassen hätten die jungen Offiziere gewisse Lieber über bestimmte Offiziere und Vorkommissare geungen. Ich habe mich überzeugt, daß meine Behauptungen nicht erwieslich sind, und nehme sie zurück. Generalleutnant Sigt v. Armin: Die gerichtliche Untersuchung, ob Unregelmäßigkeiten im Falle Lynar vorgekommen sind, schwebt noch. — Detaillierte Angaben über die Vergebung von Lieferungen zu machen, bin ich nicht in der Lage; jedenfalls sind wir bestrebt, die Schaffung von Monopolen zu vermeiden. Wir müssen uns mit den bewilligten Mitteln stets sehr einrichten, und drehen jeden Groschen zehnmal um, ehe wir ihn ausgeben. v. Oldenburg (N.) befürwortet den Antrag Liebermann. — Bei der zweiten Lesung wies ich gegenüber Angriffen auf das Gardecorps darauf hin, daß bei St. Privat 815 Junker gefallen seien, daß darunter auch 200 höherer Offiziere waren, weiß ich. Das ist ja auch das Große an unserem Offiziercorps, daß alle von gleichem Geiste besetzt sind, ob sie bei der Garde oder im Osten mit der Schlusstage mit dem Gehalt eines Briefträgers stehen. (Bravo! rechts.) Wenn Herr Wädle und das „Berliner Tageblatt“ mich angreifen, so können Sie sich wohl denken, daß mir diese Gesellschaft gleichgültig ist. (Lachen links.) Dr. Südekum (SD.): Die Behandlung, die man den Grafen Lynar hat zuteil werden lassen, hat in der Tat das Rechtgefühl des Volkes auf das Schwerste verletzt. Graf Lynar sowohl wie Graf Hohenau sind Beispiele dafür, wie das Militärkabinett über den Kopf des preussischen Kriegsministers hinaus Maßnahmen treffen kann. Der Abg. Erzberger sprach schon von einer Bevorzugung der Firma Krupp und er hatte nicht so unrecht, wenn er von einem Monopol Krupps sprach. Er deutete an, daß ihm Gerüchte zu Ohren gekommen, daß er aber davon Abstand nehme, sie hier im Hause vorzutragen. Wozu dieses Verstecken? Auch ich habe von solchen Gerüchten gehört und will sie deshalb hier vortragen. Kurz nach dem Kriege von 1870/71 soll, da bedeutende Neuanschaffungen notwendig waren, die preussische Kriegskasse und der Kronfideikommiss der Firma Krupp bedeutende Vorschüsse gewährt haben. Während die Summe an Preußen zurückgezahlt sein soll, soll es mit dem Vorschuß des Kronfideikommisses noch nicht geschehen sein. Hieraus erklärt sich die Monopolstellung Krupps. Wenn das Kriegsministerium befreit, daß ein Monopol vorliegt, so mag das formell richtig sein. Tatsache aber ist, daß Krupp fast ausschließlich die Lieferungen erhält und daß die Offiziere sich wohl auch bei der Vergebung der Lieferungen ohne weiteres für Krupp entscheiden. Zum Schluß möchte ich noch einen Fall besprechen, der gestern durch die Wälder gegangen ist. Danach ist ein Hamburger Rechtsanwalt, der das Reserveoffizierpatent besitzt, veranlaßt worden, seinen Abschied einzuziehen, weil er in einer Stichwahl zur Bürgererschaft aufgefördert hat, für den sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen. (Hört, hört! links.) Zunächst hat sich der Fall gar nicht so abgespielt. Aber auch wenn er sich so abgespielt hätte, so würde ein derartiger Eingriff in die staatsbürgerlichen Rechte dieses Mannes von neuem beweisen, wie gefährlich diese Institutionen sind, mit denen wir hier zu tun haben, und daß sie sich Übergriffe ins bürgerliche Leben erlauben, die ihnen in keiner Weise zustehen. (Beifall links.) Generalleutnant Sigt v. Armin: Auf die Stellung des Militärkabinetts einzugehen, habe ich keinen Anlaß, nachdem ich mich in der zweiten Lesung offen ausgesprochen habe. Auch über die Fälle Lynar und Hohenau habe ich mich genügend geäußert. Es liegt nicht im deutschen Interesse, immer wieder schmutzige Wälder zu wässern. Über Beziehungen zwischen der Kronfideikommissklasse und der Firma Krupp ist mir nichts bekannt. Ich weise es also als eine unbefriedigende und unbefriedigbare Verleumdung zurück, daß unsere Offiziere mit Rücksicht auf diese angeblichen Beziehungen ihre Gutachten abgeben. Wenn der Redner sagt, er habe von Gerüchten gehört und wisse nicht, ob sie wahr seien, so fehlt mir zur Kennzeichnung eines solchen Vorgehens der parlamentarische Ausdruck. Kopsch (Zp.): Klage darüber, daß Juden in Preußen nicht Reserveoffiziere werden können. Bei den letzten Reichstagswahlen seien Reserveoffiziere erwartet, weil sie einen vorkommenden gewählt hätten. v. Charlinski (N.) klagt über Gewissenszwang gegen polnische Soldaten. Polnische Soldaten seien gezwungen worden, ihre Osterbeichte in deutscher Sprache abzulegen; außerdem sei in der Unteroffizierschule in Weiskopf versucht worden, einen Katholiken zum Abtritt zum Protestantismus zu bewegen. Redner fordert von der Militärverwaltung, daß sie solchen Vorkommnissen entgegenzutreten solle. Vizepräsident Dr. Baasche kommt auf die Polemik des General Sigt v. Armin gegen den Abg. Dr. Südekum zurück und fragt den General Sigt v. Armin, ob der Ausdruck „Verleumdung“ sich auf den Dr. Südekum oder auf die von diesem vorgebrachten Gerüchte bezogen habe. Generalleutnant Sigt v. Armin: Der Ausdruck hat sich selbstverständlich auf die Gerüchte bezogen. Herr Südekum tritt aber doch der Vorwurf, daß er diese von ihm selbst als solche bezeichneten Gerüchte zum Gegenstand langer Erörterungen gemacht hat. v. Dergen (Np.): Zum Fall Lynar will ich nur bemerken, daß ich es unverständlich finde, daß Graf Lynar die Ehrengehalt hat, eine Pension zu beantragen, da er doch nicht wegen Dienstuntauglichkeit, sondern wegen seiner Beförderung seinen Abschied erhalten hat. — Die Maßregelung des Rechtsanwalts Waband in Hamburg finde ich durchaus berechtigt. Ein Reserveoffizier darf unter keinen Umständen die Sozialdemokratie unterstützen. (Beifall rechts.) Generalleutnant Sigt v. Armin: Im Falle Lynar ist die Untersuchung tatsächlich noch nicht abgeschlossen. Scheidemann (SD.) polemisiert gegen den Abg. v. Oldenburg, den er zu der Gruppe der harmlosen Junker zum Unterscheid von den bössartigen Junkern rechnet. Weiter betont er die Notwendigkeit einer Verbesserung der militärischen Strafrechtspflege, beimängelt den Kostengeist der Offiziere mit ihren unannahmenschweren Erscheinungen, die auf die Unteroffiziere sich übertragen. Sodann begründet Redner die Zustimmung seiner Fraktion zu den vorliegenden Resolutionsentwürfen, namentlich zu der Resolution des Zentrums betr.

die Erhöhung der Röhren der Mannschaften. Zum Schluß bringt Redner die Klagen zur Sprache über Überanstrengungen und Beschimpfungen von Landwehrmännern im Alter von 27 bis 30 Jahren, die bei den Truppenübungen in der Sonne im Jahre 1906 laut geworden sind. Tatsächlich sei in dem angeführten Prozeß festgestellt worden, daß die Mannschaften „blödsinniges Kameel“, „Saubande“ u. dergl. genannt und übermenschlich angestrengt worden sind. Gleichwohl seien die sozialdemokratischen Redakteure, die diese Dinge zur Sprache gebracht hätten, verurteilt worden. Offiziere, die solche Ausdrücke gebrauchten, noch dazu ausgestattet mit der Macht, die ihnen die Stellung als militärischer Vorgesetzter gibt, haben keinen Anlaß, sich in die Brust zu werfen. Das Schimpfwort fällt auf sie selbst zurück. Ich frage, welche Maßnahmen gegenüber den Offizieren, die sich in dieser Weise vergangen haben, getroffen worden sind, und was soll geschehen, um die Soldaten in Zukunft gegen solche Auswüchse des Kadavergehorsams zu schützen. Generalleutnant Sigt v. Armin konstatiert, daß die Zeltungsartikel der sozialdemokratischen Redakteure in dieser Sache maßlos übertrieben seien. Soweit Mißgriffe und Verfehlungen vorgekommen sind, sei eine Verfolgung eingetreten und ähnlichen Vorkommnissen werde weitmöglichst vorgebeugt. Die übermäßige Anstrengung sei vorgekommen, die Leute seien Reservisten und nicht genügend wieder an die Anstrengungen gewöhnt gewesen. Die Schimpfereien seien verwerflich, erklärlich seien sie aber. Von einer schlechten Verpflegung sei nicht zu sprechen. Die Klagen des Abg. Kopsch würden gewissenhaft geprüft werden. v. Treuenfels (N.) hält die Ausschließung des Hamburger Rechtsanwalts aus dem Militärstand für richtig. Werner (Antl.) fordert eine größere Berücksichtigung der Militärärzte und wünscht, daß diese nicht zu lange diätarisch beschäftigt werden. Generalleutnant Sigt v. Armin erklärt auf Anfrage, daß es nicht immer leicht sei, den Wünschen einzelner Orte auf Belegung mit Militär nachzukommen. Hermes (Zp.): Wir erwarten, daß der Kriegsminister es das Erkenntnis der Wichtigkeit des Materials, das ihm mein Parteifreund Kopsch übergeben hat, mitteilt. Wir haben diese Frage schon oft zur Sprache gebracht, aber leider ist der Erfolg ausgeblieben. Eröber (Z.) tritt für die Gleichberechtigung sämtlicher Konfessionen beim Militär ein. Zubeil (SD.): Aber das Beschwerderecht der Mannschaften hat der stellvertretende Kriegsminister im Februar recht eigentliche Auffassungen verraten, indem er das Verlangen der Verlegung in andere Garnisonen ablehnte. Er hat sich damit in Widerspruch gesetzt, z. B. mit dem Erlaß des kommandierenden Generals des VI. Armee-corps Erbprinzen von Sachsen-Meinungen über die Soldatenmishandlungen, worin die Verlegung zu einem anderen Truppenteil ausdrücklich als ein Abhilfsmittel gegen die Soldatenmishandlungen hervorgehoben wird. Freilich ist ja diesem Erlaß kein langes Leben beschieden gewesen und den Erbprinzen hat seine soldatenfreundliche Umwandlung das Kommando gekostet. Im Anschluß hieran trägt der Redner noch einen neuerlichen Fall grober Soldatenmishandlung vor. Scheidemann (SD.): Die Antisemiten sollten sich hüten vor Überreibungen. Man findet kaum mehr übertriebene Äußerungen als in antisemitischen Zeitungen. Wenn verlangt wird, daß die Offiziere keine Sozialdemokraten sein dürfen, so müßte man doch auf der rechten auch so konsequent sein, die sozialdemokratischen Mannschaften aus der Armee herauszulassen. Dafür, daß die Offiziere die Mannschaften beschimpfen, hat der Vertreter des Kriegsministers mildernde Umstände. Wenn ein Soldat sich einmal gegenüber einem Offizier vergißt, kommt er ins Zuchthaus. Bindewald (Antl.): Die Juden in der Armee werden nicht zurückgesetzt. Sie dienen nur zum geringeren Prozentsatz als die Christen. Wir erwarten von unserem Offiziercorps, daß es sich diese fremdrassigen Elemente vom Leibe hält. Mit der Religion hat die ganze Frage nichts zu tun. (Mit erhobener Stimme: Der Jude hat anderes Blut in seinen Adern. Stürmische Heiterkeit.) Die Verpflegung der Armee ist eine ausgezeichnete; das beweist das Aussehen der Soldaten. Die Verpflegung ist besser als die Ernährung der großen Mehrheit des Volkes. (Lebhaftes Hört, hört! b. d. Soz.) Der Heeresdienst ist eine ärztliche Kur, wie es gar keine bessere geben kann. (Stürmische Heiterkeit.) Kopsch (Zp.): Maßregelungen von Reserveoffizieren wegen ihrer politischen Gesinnung verurteilen wir entschieden. Weiter will ich nur feststellen, daß die rassenantisemitischen Ausführungen des Herrn Bindewald in diesem Hause keine Zustimmung, aber lebhafteste Heiterkeit hervorgerufen haben. (Sehr richtig! links.) Generalleutnant Sigt v. Armin: Auf die Frage der jüdischen Einjährigkeit einzugehen, halte ich für überflüssig, nachdem ich bei der zweiten Lesung des Stats Stellung dazu genommen habe, und weil die Heeresverwaltung keine andere Stellung einnehmen kann. Ob ein Offizier mildernde Umstände verdient, kommt auf die Lage des Falles an. Wenn ein Soldat den Offizier um die Ehren geschlagen hat, so kann ich Herrn Scheidemann versichern, daß ich nicht geneigt bin, ihm mildernde Umstände zuzuerkennen. Damit schließt die Debatte. Persönlich bemerkt Bindewald (N.): Herrn Kopsch gegenüber bemerke ich, daß die Heiterkeit bei meinen Ausführungen nur von den Nationalliberalen bis zur äußersten Linken reichte. (Hört.) Diese Verbeugung des Herrn Kopsch vor dem internationalen Judentum. Präsident Graf Stolberg: Das ist nicht persönlich! (Große Heiterkeit.) Die Abstimmung über den Antrag Liebermann v. Sonnenberg, für den von den Freisinnigen nur die Abg. Gichhoff, Dr. Hermes und Sanders stimmen, beschließt 94 Stimmen, dafür 103 dagegen; das Haus ist also beschlußunfähig. Unter großer Heiterkeit beräumt Präsident Graf Stolberg die nächste Sitzung auf eine Viertelstunde später an. Schluß 8 1/2 Uhr.

Es folgt der Justizetat. Baasche (N.) hofft, daß die neue Strafprozeßordnung bald zum Abschluß gebracht und veröffentlicht werde. Die hinausschiebung der Altersgrenze auf das 18. Jahr sollte nicht verschoben werden bis zu der allgemeinen Reform des Strafrechts, die wohl noch Jahre auf sich warten lassen dürfte. Viele und andere wichtige Fragen wie auch die notwendigen Änderungen des Strafvollzuges resp. seine rechtliche Regelung sollten in besonderen Novellen möglichst bald geregelt werden. Staatssekretär Dr. Nieberding bestreitet, daß die Regelung der rechtlichen Behandlung Jugendlicher unabhängig von der Strafprozeßordnung dringend sei; die Kriminalität Jugendlicher hat in den letzten 10 Jahren nicht zugenommen. Die Strafprozeßordnung wird hoffentlich im Winter an den Reichstag kommen. Es wird nunmehr der Antrag Liebermann zum Militärstat zur Abstimmung gestellt. Das Bureau bleibt zweifelhaft. Es erfolgt daher Sammel sprung. Für den Antrag stimmen 116, dagegen 182 Abgeordnete. Er ist daher abgelehnt. Die Diskussion über den Justizetat wird fortgesetzt. Kirch (Z.): bleibt bei der Unruhe des Hauses auf der Tribüne unverändert; Redner scheint die Beschleunigung einer Reform des Strafverfahrens und Strafvollzugs bei jugendlichen Personen zu verlangen. Müller-Meinungen (Freil. Volks.) bittet um Annahme beider Resolutionen, sowohl der Baasche-Meinungen, wie der des Abg. Kirch. Redner wendet sich gegen Übergriffe, die der Abg. Kooren gegen ihn selbst und in einem Teil der Presse gegen die Gerichte, namentlich des Münchener Landgerichts wegen Einholung von Sachverständigen-Gutachten in gewissen Stillschleppprozessen, gerichtet hat. Bestimmungen gewisser pornographischer Produkte kommen aus Athen, Italien, Spanien, einem Teil Österreichs, Südamerikas, sämtlich sehr „fromme“ Gegenden! Wirkliche Kunstgegenstände soll man unbehelligt lassen. Von Herrn Kooren ist es nicht schön, wenn er den verstorbenen Viktor Müller verhöhnt hat, einen Mann, den die Universität Jena zum Ehrendoktor gemacht hat, wegen seiner Verdienste um die deutsche Dichtung. Ich selbst habe mich heute eigentlich von Herrn Kooren mit einem eigenen Gedichte verabschieden wollen (Große Heiterkeit), unterlasse es aber, weil ich weiß, daß dann eine gewisse Presse, ein Kölner Blatt an der Spitze, wieder schreiben würde, Müller-Meinungen wolle sich in seiner wahnwitzigen Eitelkeit um den Volks-Schillerpreis bewerben. (Stürmische Heiterkeit.) Deshalb schlicke er mit den Worten eines wirklichen Dichters: „Wir haben Dir Klatsch auf Gelästliche gemacht, wie schief! Wir haben Dich recht in die Patzche gebracht, wie tief! Wir lachen Dich aus! Nun mach Dich hinaus! Ade! Und red' ich anders! So wird das den Klatsch nur verschlimmern, soll mein leibliches Leben im nächsten Patzche verkümmern? Schon bin ich heraus, Ich mach' mir nichts draus. Ade.“ (Stürmische Heiterkeit. Zurufe im Zentrum: Ade! Ade!) Hierauf verlagert sich das Haus bis 8 Uhr. Schluß 6 Uhr.

Aus dem Gerichtssaal.

Das Urteil im Kawitscher Zuchthausprozeß lautet dahin, daß die Angeklagten mit Gefängnis von zwei Wochen bis zu sechs Monaten bestraft worden seien. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen. Der eigentliche Totschlagsprozeß gegen die drei Sträflinge, die Walter getötet haben sollen, findet am 6. April statt. Da die Schwierigkeiten des Transportes der Strafgefangenen nach Alissa zur Schwurgerichtsverhandlung gegen die drei Sträflinge zu bedeutende sind, beschloß das Gericht, wie bereits gemeldet, diese Verhandlung für die drei Tage in Aussicht genommen sind, gleichfalls im Kawitscher Zuchthaus abzuhalten.

Der unvorsichtige Leutnant. Der Leutnant Artur Bullerich vom Infanterie-Regiment 72 in Verburg wurde vom Kriegsgericht in Halle wegen Beleidigung einer Wache und Vergehens an einem Festungsschloß zu zwei Jahren und einem Tag Festungshaft und Dienstentlassung verurteilt. Wie konnte der Mann auch so unbedonnen sein, sich an einem Vorgesetzten zu vergreifen! Hätte er sich an einem Schoß Untergeben vergriffen, wäre er billiger davongekommen! Immerhin wurde er als Offizier doch nur zu Festung verurteilt. Ein „Gemeiner“ hätte wahrscheinlich Zuchthaus erhalten.

Soldatenschinder in preussischen Heer. Ein Mißhandlungsfall beschäftigte am 28. März das Oberkriegsgericht des 10. Armee-corps in Hannover als Berufungsinstantz. Der Fall hat sich bei der 5. Kompanie des 164. Infanterie-Regiments in Hameln abgespielt. Dort scheinen Mißhandlungen nicht selten zu sein; es hat erst einer pseudonymen Anzeige bei der Division bedurft, um eine Untersuchung herbeizuführen. Diese hat dann ergeben, daß sich die Mißhandlungen über ein ganzes Jahr erstrecken. In das Verfahren wurde auch der Hauptmann und der Feldwebel verwickelt. Der erstere ist wegen Unterlassung einer dienstlichen Meldung mit mehreren Tagen Stubenarrest bestraft und der letztere hat wegen Beleidigung ebenfalls eine Arreststrafe erhalten. Die Hauptanklage wurde gegen den Unteroffizier Beye erhoben, der bereits abgegangen war, als die Sache zum Klappen kam. Die Anklage erstreckte sich auf 64 Mißhandlungsfälle, in denen der Unteroffizier seine Leute teilweise in schwerer Weise mißtraktiert hat. Gegenüber den Leuten, die etwas beschränkt waren und deshalb bei der Ausbildung Schwierigkeiten boten, hat Beye ein richtiges System von Schuttriegel angewandt. Den Rekruten Winker hat er in mindestens zwanzig Fällen mit der Faust gegen den Kopf geschlagen. Die Schläge waren meist so heftig, daß die Leute bewußtlos wurden oder daß das Blut ihnen aus der Nase quoll. Auch die Rekruten Gardt und Lücke hat der Soldatenschinder mit Faustschlägen traktiert. Dem Tambour Ladage hat er im Munster Lager wegen einer geringfügigen Ursache mit der Faust ins Gesicht geschlagen und mit dem Fuß getreten. Einmal hat er auch einen Schmelzer unter die Leute getroffen. Der Angeklagte gab die Straftaten zum großen Teil zu, entschuldigte aber sein Verhalten damit, daß der Feldwebel Parvich sehr scharf gegen die Unteroffiziere gewesen sei und diese angestiftet habe, die Leute zu schikanieren. Ein Beweis ist in dieser Hinsicht nicht geführt worden. Der Unteroffizier Beye wurde vom Kriegsgericht der Mißhandlung Untergebener in 64 Fällen schuldig befunden und zu neun Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt. Gegen dieses Urteil legte der Angeklagte Berufung ein, indem er einzelne schwere Fälle ablegnete und im übrigen das Strafmaß für zu hoch hielt. Der Entlastungsbeweis gelang aber nicht und das Oberkriegsgericht kam deshalb im wesentlichen zu demselben Urteil, wie die erste Instanz. In Einzelstrafen wurden über 8 Jahre Gefängnis ausgeworfen und diese dann zu einer Gesamtstrafe von neun Monaten Gefängnis zusammengefaßt. Ebenso wurde wieder auf Degradation erkannt.

135. Sitzung nachm. 8 1/2 Uhr. Die dritte Lesung des Stats wird beim Militärstat fortgesetzt. Präsident Graf Stolberg schlägt vor, die Abstimmung über den Antrag Liebermann bis ungefähr 8 Uhr auszusetzen. Böhle (SD.) führt Klagen über angebliche Mißstände bei den Straßburger Militärinstituten. Dr. Becker (Ztr.) tritt für Besserstellung der Batterieschreiber und anderer Beamtenkategorien ein. Sieberts (Ztr.) regt eine Revision der Strafbestimmungen für Vergehen im Kriege an. Wegen geringfügiger Taten seien Afrikatregler außerordentlich schwer bestraft worden. General Linde: Vergehen im Kriege müssen hart bestraft werden. Wir werden aber gern mildere Vergehen der Gnade des Kaisers empfehlen. Der Stat wird bewilligt. Der Marineetat wird debattelos erledigt.

Wird ein Kaiserbild aus dem herrlichen Belegheer.
Der dem Kriegssgericht der 10. Division in Basel anhängige Sergeant Fänklch vom Infanterieregiment Nr. 47 wegen Mißhandlung Untergebener und Anmaßung der Befehlsgewalt verantwortlich. Der Angeklagte hatte an einem Sonntag im Februar d. J. dem Musikleiter Dettelmann eine Waschkübel zum Reinigen übergeben. Weil Dettelmann diese nicht sofort, sondern erst am Sonntag früh zurückbrachte, mußte er zur Strafe die Kübel noch einmal und dazu die Extraktseife und ein Messer des Angeklagten wuschen. Auch diesmal fiel die Arbeit nicht zur Zufriedenheit des Vorgesetzten aus. Er nahm dem Soldaten auf sein Zimmer und befahl ihm, fünfzigmal Knienbeuge zu machen und in der Knienbeuge jedesmal einen gefüllten Kohlenleimer zu strecken. Vierzigmal vermochte Dettelmann diese unmenschliche Prozedur auszuführen, dann konnte er nicht mehr. Er zitterte am ganzen Körper und war einer Ohnmacht nahe. Der Sergeant befahl ihm nun, an demselben Tage nach dem Appell um 1/2 Uhr nachmittags sich wieder bei ihm zu melden. Angeblich kam Dettelmann erst um 2 Uhr. Er erhielt den Befehl, im Scheibenraum — trotz des Sonntags — aufzukommen. Hier nahm der Angeklagte mit dem Soldaten Gierzierübungen vor und befahl ihm, den Rumpf nach vornwärts zu biegen. In dieser Stellung verlegte er dem Musikleiter mit einer Tornisternadel fünf kräftige Schläge auf das Gesicht. Nach einer Weile wiederholte der Angeklagte trotz der flehentlichen Bitten Dettelmanns, ihn nicht mehr zu schlagen, dieselbe Prozedur. Am nächsten Tage mußte sich der Gepeinigete krank melden, im Garnisonlazarett wurden die zehn blutunterlaufenen Striemen festgestellt. Der Anklageverrichter beantragte gegen den Angeklagten eine Gesamtstrafe von zwei Monaten und vierzehn Tagen Gefängnis. Das Gericht erkennt auf — vier Wochen Mittelarrest.

Aus Nah und Fern.

Ein Jahr unschuldig im Gefängnis. Der verheiratete Zimmermann Gottlieb Schweizer von Siegenburg wurde dieser Tage aus dem Gefängnis plötzlich entlassen. Er war vom oberpfälzischen Schwurgericht wegen Totschlägers zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Nun hat sich seine Unschuld herausgestellt, nachdem er bereits 12 Monate abgeleistet hat. Als Straferleichterung war damals sein Vergehen "ausgesehen" worden. — Zu gleicher Zeit kommt aus Kallertlaurer die Nachricht, daß ein zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilter Arbeiter unschuldig hinter Kerkermauern schmachtet, daß er nun entlassen und dafür zwei meinedige Jengen festgenommen sind.

Eine geheimnißvolle Angelegenheit beschäftigt die Staatsanwaltschaft in Basel. In einem dortigen Hotel ist eine Dame gestorben, deren Leiche tödliche Stichwunden an Hals und Brust aufwies. Der Gatte, ein deutscher Generalmajor a. D., dessen Namen die Polizei verschweigt, behauptet, daß Selbstmord vorliege. Er wird jedoch ährt. Das Ehepaar befand sich auf der Rückreise von Mentone nach Preußen.

Standesamtliche Nachrichten

vom 22. bis 28. März 1908.

Geburten.

- a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.
11. März. Straßenbahnwagenführer C. H. J. W. Roof. Knicker J. W. R. Noede. 17. Kaufmann J. Jürgensen. Schneidemeister J. W. Pahlow. Friseur S. O. Gervinsky. Schneider C. R. G. Vogel. 18. Stuttmeyer R. S. P. Mehnert. Arbeiter J. S. H. Albrecht. 19. Maurer W. S. J. Berison. Maler S. D. W. Nehmann. Kaufmann J. J. H. Fleuß. Eisenbahnbremser R. A. W. Bieschmann. 20. Kellner R. J. Grain. Egelmacher J. J. J. Graad. Maurer W. J. J. Siard. Tischler St. Burlaga. 21. Arbeiter S. J. C. Meyer. Arbeiter C. A. H. Th. Schlitz. 22. Klempner J. C. Schwarz. Geiger S. J. H. Dentien. 23. Buchhalter J. H. G. Oldenburg. Güterbodenarbeiter J. F. H. Nupnan. 24. Arbeiter D. F. Th. Porath. 25. Schlosser S. J. L. A. Krohne.

Zimmermann S. D. H. Tedenburg 26. Arbeiter S. H. J. Raab.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

15. März. Kaufmann C. D. Pauls. 16. Gärtner Chr. S. J. W. Strund. 17. Fuhrwerksbesitzer J. P. Bunnester. 18. Kaufmann J. J. H. Oldenburg (Krempelsdorf). 19. Knicker S. A. H. Meyer. Tischler J. L. R. Selz. 20. Versicherungsbeamter J. W. J. Steinbring. Registrator und Protokollführer der Oberschulbehörde J. W. Th. A. S. Dhr. 21. Bäcker Chr. Wittermann. Gärtner J. H. W. Utermark. 22. Metzger S. R. A. Westphal. Former A. S. W. Klambek. Arbeiter J. H. H. Dürkop. Oberfeinler H. C. W. Wollenberg. 23. Maschinenkloster L. Huber. Schlosser C. F. Chr. Vornhörd. Bäcker C. W. Schubert. Konditor Chr. K. F. G. Bernhardt. Arbeiter W. S. A. Döcker. Zimmermann C. W. J. Bauer (Kageburg). 24. Schlosser S. H. Hammerlund. 25. Lokomotivführer J. J. H. Faber. Arbeiter A. J. Siffte. 26. Kaufmann K. H. Chr. Schwarz. 28. Arbeiter S. W. A. Pecht.

Ungeordnete Aufgebote.

28. März. Handlungsgehilfe C. A. A. Winkelmann und J. M. C. Nicmann. Rurhausbesitzer A. A. C. Stodie in Clausthal und J. C. S. Schwyer. Mechaniker L. C. F. Coujad und M. J. C. Peters. Arbeiter J. A. Rudoweh und D. J. S. Carom genannt Plath. Arbeiter Th. C. A. Grünbert und A. D. Gerdy. Klempner J. J. J. Piper und C. C. H. Puzig. Eisenbahnblatler J. P. Böhes und J. D. C. Kähler in Grevesmühlen. Krankenpfleger S. P. O. Lüjens in Hamburg und M. W. A. C. Harber. 24. Eisenbahnwagenkloster C. F. J. Lehmluhl und A. F. Wegner in Schwartau. Bohrer A. Kruga und A. W. C. Evert. Ingenieur Ch. W. H. Peters und A. L. C. Linne. Arbeiter D. A. Schwarz und Witwe C. C. Ch. Jäckel geb. Buthmann genannt Treumann. Arbeiter B. O. Lippe und M. S. M. Bugloff. Arbeiter C. L. Ch. Freese und A. M. Ch. W. D. Schwarz. Arbeiter C. J. F. A. Niemann in Rütznitz und C. F. M. Glasen in Paal. Goldschmied L. D. W. H. in Blau und C. W. J. Henke. Sergeant S. J. H. Steinfeldt und C. F. M. Niemann in Rostock. Lehrer J. P. Clausen und F. R. Guttan, beide in Lobeberg. Papierhändler und Buchbinder Th. W. Brügge in Schwerin und A. M. A. Pahl. Tischler J. W. C. Ebe und C. M. Tramm in Heiderfeld. 25. Feldwebel J. C. D. Jörg und C. H. S. Beckmann. Maurer Ch. C. Rüd und A. C. M. Jürs. Arbeiter C. A. J. Brackmann und J. S. Pöhl. 26. Tischler C. C. H. Bergel in Altona-Düthen und L. A. C. H. H. H. in Hamburg. Kaufmann R. S. J. A. Sperling in Kiel und J. M. Kulp. Schlosser S. J. W. Steffin und B. S. M. Pries. Maurer R. F. Klodt und C. M. J. Ch. Arndt. Steindruckmaschinenmeister W. R. F. Neumann und C. L. J. S. midt. Telegraphenarbeiter C. H. C. Scheffler und W. D. Brünning, beide in Hamburg. 27. Arbeiter A. H. Grube und C. Ch. Köbsdorf, beide in Bris. Kaufmann A. Kromm in Kiel und M. M. C. Steinbring. Lagermeister A. A. A. Ehrich und M. A. H. Horn in Wügom. Kaufmann J. C. W. Barnack und D. D. H. W. Witten. Maler M. Stein und F. L. M. Leefe. 28. Kontorist C. Ch. Dehmann in Dortmund und S. C. H. Gabel. Schmied A. M. H. J. Hagenow und die geschiedene Ch. M. S. Ohlert geb. Sommermeier. Arbeiter K. J. Häzler und D. W. Martens.

Eheschließungen.

23. März. Handlungsgehilfe S. Ch. F. Winter und J. S. M. Draeger. 24. Geschäftsführer R. C. Schlimann in Hamburg und A. Ch. Köhn. Maurergeselle S. O. F. Waigt in Roggenstorf und W. J. Kohlenberg. 25. Postbote A. H. W. Schulz und A. L. Bielenberg. Reisender S. A. B. Hill und die geschiedene M. C. M. Grochalsk geb. Wöhe. 26. Privatmann J. H. L. Schwenn und Witwe H. L. Warner geb. Rohde. 27. Protokoll Ch. F. W. J. J. J. und M. A. A. Kufe. Fischereimeister J. B. Ahrendt und A. M. D. Runge. 28. Vizefeldwebel C. F. C. Jantowsky und M. J. Ch. Griese. Fischer C. J. H. Bloch in Gohmünd J. D. Ch. C. Burmeister.

Sterbefälle.

21. März. Arbeiter J. J. G. Duuck, 65 J. 22. C. A. Wuste, 28 J. D. A. Warnke, 18 J. J. L. C. C. C. geb. Rohle, Witwe des Kaufmanns J. B. Schoof, 77 J. A. C.

Wuttes, 1 J. Ein toter Knabe, A. Ingenieur S. D. Verab. A. Chr. geb. Begier gen. Partels. Witwe des Arbeiters S. A. J. Wohlers, 71 J. 23. Eisenbahn-Assistent S. A. H. Hoffmann, 58 J. J. S. C. H. Wösch 4 M. A. J. G. Bloch, 2 M. Ein toter Knabe, B.: Maschinenkloster S. Chr. C. Rietz. A. L. C. Oldenburg, 24 J. Spiegelmacher und Bergolder A. B. L. Freundt, 64 J. Ein Mädchen, 10 Std., B.: Maschinenkloster L. Ueber. 24. F. W. Reuner, 4 J. Arbeiter J. H. Th. Haack, 75 J. C. A. B. Wittfoth, 5 M. A. C. M. geb. Partels, Ehefrau des Arbeiters J. F. T. W. 79 J. S. C. C. C. M. Albrecht, 12 J. 25. A. C. geb. Freitag, Witwe des Arbeiters H. B. Wient, 84 J. Ein toter Knabe, B.: Schlosser S. J. L. A. Krohne. M. A. geb. Petersmann, Ehefrau des Schlossers J. H. C. Sander, 64 J. S. J. H. Berison, 6 J. 26. Arbeiter W. D. Schuldt, 63 J. A. M. geb. Winkelmann, Witwe des Gärtners A. C. H. Pöhlz (Pöhlz), 93 J. R. S. J. Denter, 1 J. Schlachtergeselle D. J. C. Moth, 19 J. Chr. P. C. geb. Sander, Ehefrau des Zollassistenten S. C. M. Merckling, 62 J. Maler J. C. Stege, 64 J. Arbeiter J. F. W. W. 76 J. 27. S. M. Traugott Krebs, 1 J. 9 M. C. L. geb. Klasing, Ehefrau des Arbeiters J. Meier, 24 J. 28. A. H. G. Reiner, 6 M. J. C. Chr. geb. Raben, Ehefrau des Privatmannes C. W. Muß, 64 J.

Letzte Nachrichten.

Neurode (Schlesien), 30. März. Auf der Rubengrube waren gestern nacht Leute damit beschäftigt, einen Quertollen zu schließen, als plötzlich Gestein niederging. Zwei Mann wurden getötet. Beim Brande eines Wohnhauses in Centnerbrunn bei Neurode kamen der Besitzer und dessen Sohn in den Flammen ums Leben.

Hannover, 30. März. Dem Unterprimaner Lehmann wurde am Sonntag morgen von seinem Klassenlehrer mitgeteilt, daß er laut Konferenzbeschluss nicht verfehlt würde. Der Schüler ging nach Hause und vergiftete sich mit Blausäure. Ein anderer 17 Jahre alter Schüler einer höheren Lehranstalt ist seit Dienstag voriger Woche verschwunden.

Blauenburg, 30. März. In der Pulverfabrik von Rübeland i. Harz erfolgte Montag früh um 7 1/2 Uhr eine Explosion, durch die zwei Arbeiter getötet und drei verletzt wurden. Der Materialschaden ist nicht bedeutend.

Düsseldorf, 30. März. Sonntag nacht überfuhr auf dem Hauptbahnhof eine Lokomotive einen von vier Güterbodenarbeitern besetzten Eilgut-Wagen, wobei ein Arbeiter sofort getötet und zwei andere schwer verletzt wurden. Von den letzteren ist einer im Laufe des Tages gestorben.

Ludwigshafen, 30. März. In Fockgrim ist der achtzehnjährige Raminbauer Bayer aus Ludwigshafen 25 Meter tief in das Innere eines Fabrikfornsteins gestürzt. Er war sofort tot.

Zweibrücken, 30. März. In Vottenbach verletzte nachts, wahrscheinlich in einem Anfall von Geistesstörung, der Schuhmacher Weith seine im Bett liegende Ehefrau durch drei Revolverschüsse schwer und flüchtete dann in den nahen Wald, wo er später erhängt aufgefunden wurde.

Wien, 30. März. Der aus sieben Anweisen, darunter drei großen Bauernhöfen bestehende Keller Bögling am Glatthal in Oberösterreich ist infolge Brandstiftung mit Viehbestand, Futtermitteln und Fuhrwerkspart total abgebrannt; ein Dienstknecht ist beim Rettungswerk in den Flammen umgekommen.

Neuhort, 30. März. Bei dem Versuche auf einer der Union Pacificbahn gehörenden Kohlenmine von Hanna in Wyoming zwei durch eine Explosion verunglückte Arbeiter zu retten, ereignete sich eine zweite Explosion, durch die die Rettungsmannschaft verwickelt wurde. Man fürchtet, daß alle, etwa sechzig Mann, getötet wurden.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: L. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

A. B. Sch. Vorstandssitzung Mittwochabend 8 1/2 Uhr.

Für die vielen Gratulationen zur Konfirmation unserer Tochter Alma sagen unsern herzlichsten Dank.

F. Beth u. Frau, Nadenburg.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Erna danken herzlich.

J. Oldkop u. Frau, Nadenburg.

Für die vielen Aufmerksamkeit und Gratulationen zur Konfirmation unserer Tochter Elise danken herzlich.

F. L. Paetau u. Frau Packenburg.

Für die uns zur Konfirmation unserer Tochter Margarethe erwiesenen Aufmerksamkeit sagen herzlichsten Dank.

H. Peters u. Frau nebst Tochter, Stodsdorf.

Für Eltern ein Junge, der die Schule verläßt, nach dem Lande in gute Stellung. Näheres Frühlingsstraße 8, pt.

Gesucht 1 Kaufmännische außer der Schulzeit, nicht unter 12 Jahre alt. St. Gertrud-Fahrradhaus, Arminstr. 12 a.

Gesucht tüchtige Frau zum Zeitungsaustragen, möglichst vor dem Mühlentor wohnend. Zu melden Große Petersgrube 29. Suche sofort ein Morgenmädchen. Warendorferstraße 3.

Geschäfts-Uebernahme.

Mit dem morgigen Tage, den 1. April, übergebe ich meine **Gast-, Logis- und Schankwirtschaft** an Herrn Paul Lindenberg, Untertrave 68. Gleichzeitig sage allen Gästen meinen besten Dank für das erwiesene Vertrauen und erlaube dasselbe auf meinen Nachfolger zu übertragen. Hochachtungsvoll **J. Stapelfeldt.** Auf obiges bezugnehmend, teile meinen Freunden, Gönnern und Bekannten mit, daß ich obengenannte Wirtschaft übernommen habe und verspreche, durch gute Getränke und Speisen mir das Wohlwollen meiner werten Gäste zu erwerben. Hochachtungsvoll **Paul Lindenberg,** Untertrave 68.

Beerdigungs-Institut Gebr. Müter

Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13. **Uebernahme ganzer Beerdigungen.** Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- und Blattkränzen. Einkleidungen jeder Art. * * * * * Billigste Preise.

Gesucht zum 1. Juli Zwei- oder Dreizimmerwohnung von Leuten mit 2 großen Kindern. Angebote mit Preis unter M S an die Exped. d. Bl.

Gesucht eine Wohnung i. Pr. v. 170-200 Mark von Leuten mit 1 Kind zum 1. Juli in Nähe des Burgtors. Angebote unter S 201 an die Exp. d. Bl.

Gesucht zum 1. Juli Zweizimmerwohnung vor dem Hollentor. Reiferstr. 10, I, Seiteneingang.

Gesucht zum 1. Juli von ruhigen Leuten eine Zwei- oder Dreizimmerwohnung in der Nähe des neuen Bahnhofs. Angebote unter L 27 an die Exped.

Gesucht zum 1. Juli eine Wohnung beim Schlachthof oder Wilhelmshöhe. Preis bis 200 Mark. Angebote mit Preis unter W. 21 an d. Exp.

Gesucht zum 1. Juli eine Wohnung von jungem Ehepaar in der Vorstadt St. Lorenz (Nord). Angebote unter S W an die Expedition.

Zum 1. Juli Dreizimmerwohnung von ruhigen Leuten vor dem Burg- od. Hüttertort zu mieten gesucht. Offerten unter M. T. an die Exped. d. Bl.

Ein freundliches Zimmer, Sonnenseite, nach vorne zu vermieten. Engelsgrube 48, I.

Eine gutehaltene eiserne Gartenbank zu kaufen gesucht. Friedenstraße 18, pt.

Zu vermieten möbl. Zimmer mit voll. Pension, 11, 12 u. 13 Mk. pr. Woche Mühlentstr. 84, II. links, Eingang Kapittelstr. 1.

Blühende Topfpflanzen und Kränze billigst. Wiese, Königstraße 28.

Ein gutehaltenes Fahrrad billig zu verkaufen. Langer Lohberg 1.

1 Bettstelle mit Matraze, 1 Kommode, passend für Einlogierer und Spargelplatz, factofeln zu verkaufen. Blumenstraße 16.

Ein gutehaltener moderner Kinderwagen mit Gummireifen zu verkaufen. Schwartauer Allee 92.

Ein gutehaltener Kinderwagen zu verkaufen. Näheres Sedanstraße 26.

Große Bohnen zu verkaufen. Langqustraße 4, I. (Markt).

Fast neuer Sommerüberzieher billig zu verkaufen. Adlerstraße 46, 2. Etage.

Schwarzes Jackett für Konfirmandia ist billig zu verkaufen. Lügowstraße 2 a.

1 Kinderwagen mit Gummireifen zu verkaufen. Feldstraße 9, I. Billig zu verkaufen mehreres Jünglingszeug, bei der Arbeit zu tragen. Engelsgrube 60, I.

Ein gutehaltener Kinderwagen zu verkaufen. Schützenstraße 24 a, I. Ein n. gradl. nußbaum Sofa mit Motett billig zu verkaufen. Rosenforde 1, I. Etage rechts. Billig zu verkaufen eine einschläfrige Bettstelle mit Sprungfedermatratze und vollständiges Bett, fast neu. Schwartauer Allee 221.

1 Granitstein, Größe 1.52x0.42x0.16 m, billig zu verkaufen. Augustenstraße 21 a.

Leder in Häuten und Ausschnitt. Haltbare Sohlen und Schuhmacherartikel. C. Kahns, Mengstr. 5. Ein schwarzes und ein helles Damen-Sommerjackett sowie Damen-Regenmantel mit Kragen, alles gut erhalten, zu verkaufen. Altendornstraße 49, II.